



Kanton Zürich
Regierungsrat

Geschäftsbericht 2014 in Kürze





**Kanton Zürich
Regierungsrat**

Impressum

Herausgeber

Regierungsrat des Kantons Zürich

Redaktion

Roger Zedi, Kommunikationsabteilung
des Regierungsrates

Layout

Nicole Pereyra, kdmz

Auflage

800 Exemplare

ISSN-Nr.

2297-3699 (Print); 2297-3702 (Online)

Internet

www.rr.zh.ch



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Querschnittsaufgaben	6
Damit der Kanton Zürich weiterhin prosperiert	7
Flaggschiffe der Lehre und Forschung	7
Wo dereinst Innovation gedeihen soll	10
Sportlich in Bestform	11
Gesund und zufrieden	12
Ungebrochene Finanzkraft	12
Nah- und Fernverkehr auf der Schiene gestärkt	13
Wichtige Weichenstellungen im Limmattal	13
Etwas weniger Menschen vom Fluglärm betroffen	14
Perspektiven für das Kasernenareal	15
Mehr Nähe, mehr Personal, mehr Sicherheit	17
Grünes Licht für den Lehrplan 21	17
Die BVK ist endgültig verselbständigt	18
Digitale Dienstleistungen gestärkt	18
Sachthemen	19
01 Direktion der Justiz und des Innern	20
02 Sicherheitsdirektion	21
03 Finanzdirektion	22
04 Volkswirtschaftsdirektion	23
05 Gesundheitsdirektion	24
06 Bildungsdirektion	25
07 Baudirektion	26
08 Staatskanzlei	27
Finanzen im Überblick	28
Personal- und Lohnstatistik	33
Abstimmungsgeschäfte 2014	37



Vorwort

Wir haben es selber in der Hand

Ein Paukenschlag war es wohl für viele, als am 9. Februar 2014 die Initiative gegen die sogenannte Masseneinwanderung angenommen wurde. Da half es nichts, dass die Stimmberechtigten des Kantons Nein gesagt hatten – im Wissen darum, dass wir die eigenen Grundlagen unseres Wohlstandes nicht gefährden sollten.

Unser Kanton ist auf Arbeitskräfte angewiesen. Wir sollten sie willkommen heissen, woher sie auch immer kommen, wenn sie das Richtige können. Also das, was an einem Arbeitsplatz verlangt und benötigt wird. Unser Kanton ist auch darauf angewiesen, dass die Schweiz stabile Beziehungen zu den europäischen Nachbarn und namentlich zur EU hat. Auch die Zuwanderung in unserem Kanton stammt zum grossen Teil aus EU- Ländern.

Ein weiterer Paukenschlag erfolgte ein knappes Jahr später, als die Nationalbank im Januar 2015 die Aufhebung der Euro-Untergrenze bekanntgab. Dieser Entscheid zwingt viele Unternehmen zu erheblichen Anstrengungen, ihre Stellung in den Märkten des Euroraums zu erhalten. Aber wir wissen auch, die Unternehmen werden sich – um es mit einem alten Bauernausdruck zu sagen – «ins Geschirr legen».

Trotz dieser Schwierigkeiten bleibt der Kanton Zürich ein starker und dynamischer Kanton: Der Wirtschaftsmotor brummt, die Kultur treibt schöne Blüten, die Hochschulen geben wichtige Innovations-Impulse, die staatlichen Institutionen funktionieren. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass es im Kanton Zürich besonders viele Neugründungen von Unternehmen gibt und dass auch die Firma Google hier ihren Standort ausbaut.

Von geradezu symbolischer Bedeutung für die Offenheit unseres Kantons steht die Durchmesserlinie der Eisenbahn, an die der Kanton einen beträchtlichen Beitrag geleistet hat. Die Durchmesserlinie steht für Ein-, Aus- und Durchfahrt. Auch die Eröffnung des neuen Campus der ZHdK auf dem Toni-Areal zeigt, wie aus Altem Neues entsteht: von der Milchverarbeitung zur Kreativ-Wirtschaft.

Ziehen wir ein Fazit, so stellen wir fest: So wie einige unserer Schwierigkeiten hausgemacht sind, sind auch unsere Erfolge hausgemacht. Das heisst nichts anderes, als dass wir – die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Kantons und die Behörden – zu einem grossen Teil selber verantwortlich sind, wie es uns in den nächsten Jahren ergehen wird. Vieles haben wir selber in der Hand!



Regine Aepli
Regierungspräsidentin Kanton Zürich

Querschnitt- aufgaben



Der Bahnhof Löwenstrasse ist Teil der Durchmesserlinie Foto: Amt für Raumentwicklung

Damit der Kanton Zürich weiterhin prosperiert

Der Kanton Zürich zeichnet sich durch eine enorme Vielfalt und eine erfreuliche Vitalität aus. Er geniesst als Wohn- und Arbeitsort hohes Ansehen und hat zu Recht einen hervorragenden Ruf als Bildungs- und Forschungsstätte mit seinem umfassenden Bildungsangebot auf allen Stufen. Für Firmen bietet er gute Rahmenbedingungen, davon zeugen unter anderem die mehr als 100 000 Unternehmen unterschiedlichster Grössen und Branchen, die im Kanton Zürich registriert sind – sie machen etwas mehr als ein Sechstel aller Unternehmen der Schweiz aus. Die Gesundheitsversorgung bietet hohe Qualität und Verfügbarkeit und hat in mancher Hinsicht Vorbildfunktion für die übrige Schweiz. Unser Verkehrsnetz sorgt mit der internationalen Anbindung durch den Flughafen über ein gut unterhaltenes, engmaschiges Strassennetz bis hin zum feingliedrigen und zuverlässigen öffentlichen Verkehrsangebot für die nötige Mobilität. Und nicht zuletzt darf sich die Bevölkerung zu Recht sicher fühlen im Kanton Zürich.

An viele dieser Vorzüge haben wir uns gewöhnt, nicht selten nehmen wir sie als Selbstverständlichkeiten wahr. Doch all dies passiert nicht von alleine. Vielmehr ist diese Lebensqualität das Resultat mannigfaltiger Anstrengungen und Basisleistungen, von denen ein beachtlicher Teil seitens der Politik und der Mitarbeitenden zahlreicher kantonaler Institutionen erbracht wird. Der Regierungsrat hat sich denn auch den «Erhalt der guten Position des Kantons Zürich» als eines der obersten Ziele gesetzt. Der vorliegende «Geschäftsbericht in Kürze 2014» bietet einen Einblick in die zahlreichen Projekte und Massnahmen, mit denen dafür gesorgt wird, dass der Kanton Zürich weiterhin prosperiert.

Hoher Besuch

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr etliche hohe Gäste empfangen oder sich mit andern Kantonsregierungen getroffen, etwa mit jener aus Graubünden am World Economic Forum. Ein Arbeitsbesuch führte Regierungspräsidentin Regine Aepli zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann. Bundespräsidentin Doris Leuthard war mehrfach zu Gast in Zürich und eröffnete unter anderem die Durchmesserlinie. Die Leichtathletik-EM lockte weiteren hohen Besuch an, darunter Fürst Albert II. von Monaco. Fürst Hans-Adam II. von Liechtenstein referierte an der Universität Zürich. Weitere Besuche führten den Regierungsrat zu Google Schweiz, diversen Zürcher Unternehmern oder zur Schweizer Armee.

Flaggschiffe der Lehre und Forschung



Im Spätsommer des Berichtsjahres ist der Hochschulcampus Toni-Areal eingeweiht worden. In der einstigen Grossmolkerei haben 39 bisherige Standorte der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) sowie zwei Departemente der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) ein gemeinsames neues Zuhause gefunden. Rund 5000 Studierende erleben seither nicht nur ihre neue Bildungsstätten sondern auch das einstige Industriequartier Zürich West. Jährlich rund 600 öffentliche Veranstaltungen wie Konzerte und Ausstellungen machen das Toni-Areal zum gut erschlossenen Treffpunkt für Design, Kunst und Kultur.

Die Musikinsel erklingt

Im Mai ist die unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten renovierte Klosterinsel Rheinau als Musikinsel wiedereröffnet worden. Sie bietet neu 63 Hotelzimmer und 16 Proberäume für professionelle Musiker oder Musikliebhaber, die ihrer Leidenschaft in idyllischem Rahmen nachgehen wollen. Das neue Musikzentrum – umgeben von Natur – ist mit einer zeitgemässen und zweckmässigen Infrastruktur ausgestattet. Eine moderne Aufbereitungsküche im historischen Speisesaal sorgt für die Verpflegung der Musizierenden. Dreizehn Jahre nach dem Auszug des Psychiatriezentrums kehrt damit im ehemaligen Kloster wieder Leben ein. Die neue Nutzung endet aber nicht mit der Einweihung der Musikinsel, es sind eine Hauswirtschaftsschule, ein Restaurant und ein Museum vorgesehen.





Die moderne Infrastruktur des Toni-Areals – der Bau entspricht unter anderem dem neuesten Minergie-Standard – erfüllt die Anforderungen an eine zeitgemässe Kunst- und Designausbildung. Dazu gehören 1400 Unterrichtsräume, Vorlesungs-, Konzert- und Ballettsäle, ebenso wie Tonstudios und ein Kino. Die Ausstattung ermöglicht eine hohe Qualität in Ausbildung und Forschung, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichert. Die räumliche Nähe der verschiedenen Hochschulen vereinfacht und befruchtet zudem die Zusammenarbeit über die Disziplinen hinweg. Dies erhöht die Chance, dass Erkenntnisse, innovative Ideen und Produkte von hier aus den Weg in die Welt finden.

Fünf Jahre hat der Umbau gedauert. Unter der Federführung des kantonalen Hochbauamtes wurde der Mieterausbau umgesetzt. Bereits 2005 verabschiedete der Regierungsrat die zugrunde liegende Standortstrategie der Zürcher Fachhochschule. Gemäss dieser werden die Fachhochschulen an drei Standorten (Zürich, Winterthur und Wädenswil) zusammengefasst. Mit dem Toni-Areal ist, nach dem Campus der Pädagogischen Hochschule in der Europaallee in Zürich, ein weiterer bedeutender Meilenstein in der Umsetzung dieser Strategie erreicht worden. Gemeinsam mit der Universität Zürich und der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich bilden diese Campus die Basis für weitere Spitzenleistungen in Bildung und Forschung, von denen eine nationale und internationale Ausstrahlung auf den Bildungsstandort Zürich ausgeht.

Städtebauliche Weiterentwicklung der Zürcher Hochschulstandorte

Gemeinsam mit dem Zürcher Stadtrat hat der Regierungsrat im Berichtsjahr einen Masterplan für die langfristige städtebauliche Weiterentwicklung des Hochschulgebiets Zürich Zentrum vorgelegt. Dieses umfasst die Universität Zürich Zentrum, die ETH Zürich sowie das Universitätsspital Zürich. Lehre, Forschung und medizinische Versorgung an diesem zentralen Standort werden dadurch gesichert und weiter gestärkt. Gemäss Masterplan können diese Institutionen, die stetig wachsen, ihre Nutzfläche in den kommenden 20 Jahren um rund 40 Prozent erweitern. Mehr Studierende, mehr Patientinnen und Patienten sowie mehr Mitarbeitende bringen die bestehende Infrastruktur im Hochschulgebiet Zürich Zentrum heute an ihre Kapazitätsgrenzen. Gleichzeitig erfüllen zahlreiche Gebäude die Ansprüche an eine moderne Infrastruktur nicht mehr. Der Masterplan zeigt, dass das Flächenprogramm städtebaulich verträglich umgesetzt und gleichzeitig Grünflächen und Freiräume im Quartier erweitert und aufgewertet werden können. Gleichzeitig werden Grünflächen und Freiräume im Quartier erweitert und aufgewertet. Der Masterplan ist gemeinsam mit den betroffenen Institutionen entstanden.

Ein Kernelement der strategischen Entwicklungsplanung für das Gebiet ist das Generationenprojekt «Berthold» – benannt nach dem Gründer und Stifter des ersten Zürcher Spitals, Herzog Berthold. Es hat zum Ziel, dem europaweit einzigartigen Zentrum für Forschung, Lehre und medizinische Versorgung aus Universitätsspital, Universität und ETH eine zeitgemässe bauliche und betriebliche Infrastruktur zu verschaffen und die Gesamterneuerung des USZ zu planen und umzusetzen.



Für den zweiten Universitätsstandort, den Irchel, ist ebenfalls ein Masterplan mit Zeithorizont 2050 vorgelegt worden. Für das mittlerweile vierzigjährige Areal besteht ein umfangreicher und dringlicher Ausbau- und Erneuerungsbedarf. Im Rahmen der fünften Bauetappe entstehen bis 2019 zwei neue Laborgebäude.

Bereits konkret ist die Erweiterung des Institutsgebäudes der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Ein Erweiterungsbau an der Plattenstrasse soll ab 2017 den benötigten zusätzlichen Raum bereitstellen.

Forschung an der Landwirtschaft der Zukunft

Seiner Realisierung näher gekommen ist im Berichtsjahr ausserdem das Projekt «Agrovet-Strickhof» in Lindau. Das Bildungs- und Forschungszentrum im Bereich Nutztierwissenschaft ist ein gemeinsames Projekt von Universität Zürich, ETH Zürich sowie dem Amt für Landschaft und Natur (ALN). Mit der Partnerschaft werden Synergien zwischen Vertretern der landwirtschaftlichen Praxis, Bildungsfachleuten, Agrarwissenschaftlern und Veterinären ermöglicht.

Siedlungsentwicklung nach innen

Alle vier Jahre legt der Regierungsrat einen Bericht zur Raumplanung vor. Die aktuelle Ausgabe zeigt in fünf Kapiteln anhand konkreter Beispiele auf, wie der Anspruch auf eine qualitätsvolle Raumentwicklung eingelöst werden kann. Thematisiert werden dabei die Chancen einer Siedlungsentwicklung nach innen an dafür geeigneten Standorten, die Bedeutung öffentlicher Infrastruktur für den Städtebau, die identitätsstiftende Wirkung des Kulturguts, der Stellenwert der Erholungs- und Freiräume sowie Aspekte der Landschaftsqualität. Für die Umsetzung qualitätsvoller Lösungen braucht es neben Fachverstand und Überzeugungsarbeit auch Geduld, da sich die Akzeptanz, welche für die anstehenden Veränderungsprozesse erforderlich ist, nicht erzwingen lässt.

Wo dereinst Innovation gedeihen soll

Weiter vorangetrieben hat der Regierungsrat das Generationenprojekt «Innovationspark»: Auf dem Gelände des Flugplatzes Dübendorf soll ein nationaler Knotenpunkt für neue Ideen, Produkte und Unternehmen entstehen. Der Regierungsrat hat ein entsprechendes Dossier bei der Konferenz der Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) eingereicht, dem Kantonsrat eine überarbeitete Richtplanvorlage überwiesen sowie eine städtebauliche Studie vorgelegt.

Im Herbst hat der Bund als Landeigentümer dem Kanton Zürich zugesagt, auf dem Gelände des Flugplatzes Dübendorf 70 Hektare für den geplanten Innovationspark zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig möchte der Bundesrat jedoch auch einen zivilen Flugbetrieb in Dübendorf ermöglichen. Dieser Nutzung steht der Regierungsrat skeptisch gegenüber, er hat Vorbehalte gegenüber dem geplanten Flugbetrieb in einem sehr dicht besiedelten Gebiet und in unmittelbarer Nähe zum Flughafen Kloten. Einen Heliport für die Kantonspolizei, die Rega und die Luftwaffe unterstützt der Regierungsrat hingegen.

Der Standort liegt eingebettet im dynamischen Glattal sowie im Wirtschaftsraum Zürich mit dessen renommierten Forschungs- und Bildungsstätten. Seine Erschliessung soll nachhaltig, umfassend und in Absprache mit den Standortgemeinden realisiert werden. So ist unter anderem eine Erweiterung der Glattalbahn geplant, ebenso eine begrünte Erschliessungsstrasse «Parkway».

Der Gestaltungsplan für das Gebiet soll 2015 folgen. Basis dafür ist die 2014 vorgestellte städtebauliche Studie. Sie zeigt unter anderem auf, wie die Freiräume des Geländes der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Angedacht in einer ersten Etappe sind ein zentraler Platz sowie ein daran anschliessender Park, welche gemeinsam die sogenannte «Säntis-Achse» bilden. Angrenzend an dieses Zentrum, sollen eine «Innovation Mall» (dichte Bauweise, Nutzung durch Grossfirmen) und ein «Innovation Village» (kleinere Einheiten) zu liegen kommen. Die Studie lässt sich bedürfnisgerecht in kleinen oder grösseren Schritten entwickeln und verfügt über genügend Flexibilität, um auf Unsicherheiten im Gesamtprojekt reagieren zu können.

Der Kanton Zürich entwickelt parallel zu den raumplanerischen Themen die zukünftige Organisation des Innovationsparks. Ein Realisierungskonzept für die später zu gründende Träger-schaft soll im Verlauf von 2015 zur Umsetzung bereit sein.



Sportlich in Bestform



Die Marke «Zürich» stärken
Der Regierungsrat hat es sich zum Ziel gesetzt, eine führende Rolle bei der Etablierung und Pflege der Marke «Zürich» wahrzunehmen. In diesem Zusammenhang haben Grossanlässe im Raum Zürich eine hohe Bedeutung – sie tragen die Marke «Zürich» massgeblich in die Welt hinaus und prägen deren Wahrnehmung. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 22 Grossanlässe mit rund 22 Mio. Franken vom Kanton Zürich unterstützt. Die grössten unterstützten Anlässe waren die Leichtathletik-Europameisterschaft und der erste internationale Berufsbildungskongress in Winterthur. Ausserdem ist die neue Top Level Domain «.zuerich» von der Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) dem Kanton Zürich zugesprochen worden. Somit können voraussichtlich 2016 die ersten Web-Adressen mit der Endung «.zuerich» online gehen.

Das sportliche Grossereignis des Berichtsjahres waren unbestritten die Leichtathletik-Europameisterschaften. Die Region Zürich hat sich im August einem internationalen Millionen-Fernsehpublikum als attraktivem Austragungsort mit reibungsloser Organisation präsentiert. Rund 1400 Athletinnen und Athleten sowie 800 Betreuungspersonen sind angereist, begleitet von mehr als 1600 Medienleuten und Fotografen aus ganz Europa.

Ohne den Einsatz von über 2100 freiwilligen und stets freundlichen Helferinnen und Helfern wäre der Grossanlass kaum realisierbar gewesen. Daneben unterstützten die kantonsnahen Unternehmen ZVV und der Flughafen Zürich die EM als wichtige Partner und Dienstleister. Auch dem Zivilschutz, der mit einigen Tausend Arbeitsstunden den Aufbau des Schweizerhauses auf dem Sechseläutenplatz realisierte und damit die Grundlage für das mit 200 000 Besucherinnen und Besuchern überaus gut besuchte Stadtfest geliefert hat, gebührt Anerkennung. Das Rahmenprogramm auf dem neuen Sechseläutenplatz hat der Regierungsrat mit 500 000 Franken aus dem Lotteriefonds, dem Maximalbeitrag pro Einzelprojekt, unterstützt.

Grossanlässe und Spitzensport haben eine positive, motivierende Wirkung auf den Breitensport. Deshalb hat der Regierungsrat auch die rund zwei Dutzend Zürcher Olympiateilnehmenden von Sotschi empfangen. Dem Olympiasieger Iouri Podlatchikov hat er dabei die silberne Ehrenmedaille des Kantons Zürich überreicht.

Unterstützung für den Breitensport ausgebaut

Den Jugend- und Breitensport hat der Kanton Zürich mit mehr als 21 Mio. Franken gefördert, denn der Regierungsrat möchte, dass sich die Zürcherinnen und Zürcher möglichst häufig sportlich betätigen können. Mit den Geldern werden einerseits die Sportinfrastruktur sowie die Aktivitäten von Sportverbänden unterstützt. Mit rund einer Million Franken gefördert wird ausserdem der sportliche Nachwuchs. Von den rund 2500 jungen Sporttalenten sind gut 900 Fussballerinnen und Fussballer. Das Förderprogramm «Footeco», das vom Schweizerischen Fussballverband, dem Fussballverband Region Zürich sowie den drei Zürcher Clubs FCZ, GC und FC Winterthur getragen ist, wird fortan gezielt vom Kanton Zürich unterstützt.

Schulen mit einer besonders sportfreundlichen Schulkultur sind im Berichtsjahr erstmals vom Sportamt des Kantons Zürich mit einem Label ausgezeichnet worden. 26 Zürcher Schulen dürfen sich bereits damit schmücken. Jugendliche und Eltern, die sich über das kantonale Angebot an Sportcamps informieren möchten, finden ausführliche Angaben auf der neuen Website «jugendsportcamps.ch».

All diese Anstrengungen zeigen Wirkung. Dass die Zürcherinnen und Zürcher im nationalen Quervergleich überdurchschnittlich sportlich abschneiden, bescheinigt eine 2014 publizierte Studie. 72 Prozent der Bevölkerung treibt wöchentlich Sport, am beliebtesten sind Radfahren, Schwimmen und Wandern. Als grösste Motivatoren gelten Gesundheit, Freude an der Bewegung und Fitness, aber auch das Naturerlebnis und das Abschalten vom Alltag.

Gesund und zufrieden

Wie geht's Dir?

Der Kanton Zürich hat gemeinsam mit der Schweizerischen Stiftung Pro Mente Sana eine Informationskampagne zur Enttabuisierung von psychischen Erkrankungen entwickelt. Mit dem Slogan «Wie geht's Dir?» schafft sie Aufmerksamkeit und betont, wie wichtig und hilfreich Gespräche über das eigene Befinden sind. Die Kampagne wird auch in den Folgejahren zu sehen sein und mit weiteren thematischen Schwerpunkten noch breiter abgestützt werden. Bereits haben weitere Kantone und Organisationen aus der deutschen und französischen Schweiz ihre Teilnahme angekündigt. Geplant ist ausserdem die Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft, um die Kampagne zusätzlich zu verstärken.



Gute Noten hat auch das Gesundheitswesen von der Zürcher Bevölkerung erhalten, so das Resultat einer repräsentativen Umfrage unter rund 1600 Zürcherinnen und Zürchern. Alle Indikatoren haben sich im Vergleich zum Vorjahr sogar noch verbessert: die Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung, mit den Spitalbehandlungen, die Beurteilung der Erreichbarkeit der Gesundheitsdienstleistungen sowie das Sicherheitsgefühl bezüglich der Gesundheitsversorgung. Immer wieder genannte Kritikpunkte am System der neuen Spitalfinanzierung in der Schweiz, wie Qualitätsabbau, Rationierung, Fehlanreize oder die Ökonomisierung des Gesundheitswesens, können in der Wahrnehmung der Bevölkerung nicht festgestellt werden. Gleichzeitig sind sich die Zürcherinnen und Zürcher der zentralen Rolle der Qualität im Gesundheitswesen sehr wohl bewusst und beurteilen diese sogar leicht besser als im Vorjahr. Das zeigt sich etwa bei den Antworten der Befragten auf die Frage, wie wichtig einzelne Kriterien wären, müssten sie sich für ein Spital entscheiden, um eine geplante Operation durchführen zu lassen.

Erfreulicherweise sind die Zürcherinnen und Zürcher nicht nur zufrieden mit dem Zürcher Gesundheitssystem, sie schätzen auch ihre eigene Gesundheit als (sehr) gut ein: Gemäss der Studie «Gesundheit im Kanton Zürich» geben 83 Prozent der Frauen und 87 Prozent der Männer an, bei guter oder sehr guter Gesundheit zu sein. Die selbst eingeschätzte Gesundheit nimmt allerdings mit zunehmendem Alter ab. Ebenfalls kann der Studie entnommen werden, dass sich die Anteile an Personen mit mittlerer bis starker psychischer Belastung seit 2007 leicht erhöht haben. Etwas deutlicher zugenommen haben Depressionssymptome, ebenso der Medikamentenkonsum. Im Quervergleich mit der übrigen Deutschschweiz zeigen sich jedoch nur geringfügige Unterschiede.

Ungebrochene Finanzkraft

10 Millionen Quadratmeter Minergie

Der Kanton Zürich ist Minergie-Rekord-Halter: Nirgends stehen so viele Minergiebauten. So erfüllen etwa der Glattpark in Opfikon, der Prime-Tower, die beiden Fachhochschulen in der Europaallee und auf dem Toni-Areal in Zürich oder der Superblock in Winterthur den energieeffizienten Standard. Entlang der Bahnlinie Richtung Bern steht in Zürich, Schlieren und Dietikon ausserdem eine beeindruckende Kette grosser, moderner, repräsentativer Gebäude im Minergie-Standard – die «längste Minergiestrecke der Schweiz». Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der kantonalen Klimaziele. Ein Minergiebau schont langfristig gesehen nicht nur die Umwelt, sondern auch das Portemonnaie – nicht zuletzt dank kantonaler Förderbeiträge an Gebäudeerneuerungen im Minergiestandard.

Die Zürcher Kantonsfinanzen haben erneut Höchstnoten erhalten: Die Rating-Agentur Standard & Poor's hat die Schuldner-Qualität des Kantons Zürich erneut mit der Bestnote AAA bewertet. Sie hebt die sehr starke und diversifizierte Zürcher Wirtschaft, die sehr hohe Liquidität des Kantonshaushalts, seine geringe Verschuldung und die Flexibilität in der Finanzpolitik hervor.

Der Kanton Zürich zeigt sich als eine der wirtschaftlich und finanziell stärksten Regionen des Landes solidarisch mit den weniger starken Kantonen. Er steht weiterhin hinter dem Nationalen Finanzausgleich (NFA). Mit rund 367 Mio. Franken ist der Kanton Zürich im Berichtsjahr der grösste Nettozahler des NFA gewesen. Der Regierungsrat begrüsst es, dass der Bundesrat sich im Berichtsjahr für Korrekturen am NFA ausgesprochen hat; diese gehen der Zürcher Regierung jedoch noch zu wenig weit. Sie wird sich deshalb – zusammen mit den anderen Geberkantonen – weiter dafür einsetzen, dass die soziodemografischen Zentrumslasten realistisch abgegolten werden. Nur durch eine faire Behandlung der Geberkantone gelingt es langfristig, in der Bevölkerung der ressourcenstarken Kantone eine solide und langfristige politische Abstützung zu finden. Es ist ausserdem kontraproduktiv für das ganze Land, wenn die Wirtschaftslokomotiven der Schweiz gebremst werden.



Nah- und Fernverkehr auf der Schiene gestärkt

Im Juni 2014 ist nach siebenjähriger Bauzeit die erste Etappe der sogenannten Durchmesserlinie (DML) feierlich eröffnet worden. Der neue unterirdische Bahnhof Löwenstrasse vergrössert den Zürcher Hauptbahnhof und dessen Kapazitäten spürbar. Als Jahrhundertbau gilt die DML unter anderem wegen dem 4,5 Kilometer langen Weinbergtunnel, der den Hauptbahnhof neu direkt mit dem Bahnhof Oerlikon verbindet. Im Berichtsjahr verkehren als Erstes die S-Bahn-Linien vom linken Seeufer in den nördlichen Teil des Kantons. Im Folgejahr werden weitere S-Bahn-Linien sowie ein beachtlicher Teil des Fernverkehrs im neuen Durchgangsbahnhof abgefertigt werden. Somit ist die DML nicht nur eine Stärkung des lokalen Schienennetzes, sondern ein Bauwerk von nationaler Bedeutung. Der Kanton Zürich trägt ein Drittel der Kosten und hat darüber hinaus mit einer geschickten Finanzierung des Projekts wesentlich zu dessen rechtzeitiger Realisierung beigetragen.

Im Herbst haben die Stimmberechtigten des Kantons dem Bau der Tramverbindung über die Hardbrücke in Zürich zugestimmt. Sie wird ab 2017 den aufstrebenden Stadtteil Zürich West, wo unter anderem das Toni-Areal steht, neu direkt mit dem Kreis 4 und der Innenstadt verbinden und somit auch den Hauptbahnhof entlasten. Gestärkt wird auch der Bahnhof Hardbrücke, der sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen S-Bahn-Knotenpunkt für den gesamten Kanton entwickelt hat und mit den geplanten Ausbauten weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Wichtige Weichenstellungen im Limmattal

Das Limmattal hat sich in den letzten Jahren überdurchschnittlich dynamisch entwickelt, mittlerweile leben rund 250 000 Menschen in der Region. Für die kommenden Jahre wird mit einem weiteren Wachstum an Wohnungen und Arbeitsplätzen gerechnet. Die bestehende Verkehrsinfrastruktur muss deshalb dringend gestärkt werden. Nachhaltig kann das Verkehrsaufkommen nur mit dem Bau der Limmattalbahn zwischen Zürich-Altstetten und Spreitenbach/Killwangen im Aargau sowie ergänzenden Massnahmen am Strassennetz bewältigt werden. Für das gesamte Projekt sind Staatsbeiträge von 755 Mio. Franken für die beiden Etappen der Limmattalbahn (Bahnhof Altstetten–Schlieren und Schlieren–Killwangen) sowie ein Kredit von 136 Mio. Franken für darauf abgestimmte Anpassungen am Strassennetz vorgesehen. Nach Abzug der Beiträge des Kantons Aargau und des Bundes trägt der Kanton Zürich Kosten in der Höhe von 510 Mio. Franken. Der Bau der Limmattalbahn soll ab 2017 erfolgen und ab Ende 2019 bis 2022 etappenweise in Betrieb genommen werden.

Sichere Strassen kosten Geld

Rund 160 Mio. Franken investiert der Kanton Zürich jährlich in die Projektierung, den Bau, Unterhalt und Betrieb der Kantonsstrassen und kantonalen Autobahnen. Auf den rund 1330 Kilometern Kantonsstrassen betreibt das Tiefbauamt jährlich über 100 grössere Baustellen, die mit Verkehrseinschränkungen verbunden sind. Der Sicherheit wird dabei stets eine hohe Priorität eingeräumt. Diese baulichen Massnahmen haben dazu beigetragen, dass die Anzahl Todesopfer im Strassenverkehr im Kanton Zürich von 260 im Jahr 1971 auf 34 im Jahr 2013 gesunken sind.



Visualisierung der Limmattalbahn am Bahnhof Altstetten Foto: PD

Lösung für den Gubrist und ein Park von Zürich bis Baden

Fortschritte konnten auch bezüglich eines Nadelöhrs im Limmattal erzielt werden: Mit einer im Dezember abgeschlossenen Absichtserklärung zwischen dem Bundesamt für Strassen, ASTRA, der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich und der Gemeinde Weiningen wurde eine wichtige Voraussetzung für einen raschen Bau der dritten Tunnelröhre durch den Gubrist sowie für die damit verbundene Siedlungsreparatur im Abschnitt Weiningen geschaffen. Der geplante Ausbau der Zürcher Nordumfahrung ist von gesamtschweizerischem Interesse, da es sich um einen der meistbefahrenen Autobahnabschnitte der Schweiz handelt. Die täglichen Staus sind für den Wirtschaftsraum Zürich eine grosse Belastung und verursachen erhebliche volkswirtschaftliche Kosten.

Nebst Strasse und Schiene ist auch der Fuss- und Veloverkehr im Limmattal nicht vergessen gegangen. Vielmehr noch: Mit dem neuen Uferweg für Spaziergänger und Velofahrer ist das Initialprojekt des «Agglomerationsparks Limmattal» erfolgreich abgeschlossen worden. Die Limmat verbindet als blaues Band Zürich mit Baden und stellt einen wichtigen Natur- und Erholungsraum für die Region dar. Gemeinsam mit dem Kanton Aargau und den betroffenen Regionen und Gemeinden ist der bestehende Uferweg über weite Strecken neu geführt und signalisiert worden. Entlang der Route stehen neu Informationstafeln, die Interessantes über das Limmattal und seine Eigenheiten erzählen. Der neue Weg fördert die Naherholung und stärkt die Standortqualität des Limmattals als Wohn- und Arbeitsort.

Etwas weniger Menschen vom Fluglärm betroffen

Wie es um die Zürcher Umwelt steht

Der aktuelle Umweltbericht attestiert dem Kanton Zürich, dass seine Stossrichtung in Sachen Umweltschutz grundsätzlich stimmt. In den vergangenen Jahren sind beispielsweise die Abwasserreinigung und die Abfallverwertung verbessert worden, ebenso ist der Pro-Kopf-Ausstoss von Kohlendioxid (CO₂) deutlich reduziert worden. In anderen Bereichen braucht es noch grössere Anstrengungen, etwa bei der Lärmbelastung durch den Verkehr. Die Grenzwerte für Luftschadstoffe wie Stickstoff, Feinstaub und Ozon werden immer noch zu oft überschritten. Die einheimische Artenvielfalt ist erneut zurückgegangen. Zwar führen Naturschutzmassnahmen punktuell zu Erfolgen, sie vermögen den Rückgang der Artenvielfalt und die weitere Ausbreitung von «Allerweltsarten» jedoch nicht zu stoppen.

Drei Prozent weniger Menschen sind 2013 von Fluglärm stark betroffen gewesen als im Vorjahr. Dies geht aus dem Bericht zum Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) hervor. Somit ist der ZFI-Wert erstmals seit 2009 gesunken. Hauptursache für den Rückgang sind veränderte Flugrouten zur Nachtzeit und die allgemein sinkende Anzahl Flugbewegungen gewesen. Dennoch wird der Richtwert von 47000 Personen weiterhin um rund 10000 Personen überschritten. Langfristig wächst die Anzahl der vom Fluglärm betroffenen Menschen in der Flughafenregion, da die Bevölkerung dort stark wächst. Das Bevölkerungswachstum trägt bei langfristiger Betrachtung viel stärker zum Zuwachs des ZFI bei als der Flugbetrieb.

Im Berichtsjahr ist der Kanton Zürich ausserdem von finanziellen Verpflichtungen im Zusammenhang mit Fluglärmmentschädigungen aus der Zeit vor der Vonselbstständigung des Flughafens 1999 entbunden worden. Die Ausrichtung von Lärmmentschädigungen durch den Kanton war für den Fall ins Auge gefasst worden, dass diese Kosten die Bilanz der Flughafen Zürich AG (FZAG) zu stark belasten könnten. Dieser Fall ist jedoch nie eingetreten.



Perspektiven für das Kasernenareal



Das Kasernenareal in Zürich gehört dem Kanton. Gemeinsam mit der Stadt Zürich hat er 2014 den Entwurf eines Masterplans für die künftige Entwicklung des bedeutsamen Areals im Zentrum der Kantonshauptstadt vorgelegt. In einem breit angelegten Beteiligungsverfahren ist auch die Bevölkerung einbezogen worden. Es soll ein «städtischer und regionaler Magnet» entstehen, der über die Stadtgrenzen hinaus strahlt. Der Masterplan sieht eine Aufteilung in drei Bereiche mit unterschiedlicher Ausrichtung vor, die zusammen ein sinnvolles Ganzes ergeben. Die beiden Kasernenengebäude sollen weiterhin kantonalen Aufgaben vorbehalten bleiben: Die Militärkaserne wird durch das Bildungszentrum für Erwachsene genutzt, wobei das Erdgeschoss für publikumsorientierte Nutzungen geöffnet werden soll (beispielsweise Gastronomie). Die Polizeikaserne wird bis auf Weiteres von der Kantonspolizei genutzt. Für die Zeughäuser stehen dagegen eher kleinflächige Nutzungen für Gewerbe, Kultur und soziale Einrichtungen im Vordergrund, die sich aus dem heutigen Bestand weiterentwickeln. Mit der Aufhebung des provisorischen Polizeigefängnisses und seiner Umzäunung soll die Kasernenwiese zu einem zentralen Freiraum werden. Stadt und Kanton Zürich wollen sich weiterhin gemeinsam für die Entwicklung und den Betrieb des Kasernenareals einsetzen. Dazu gehört unter anderem, dass Kanton und Stadt über eine Abgabe des Zeughausareals im Baurecht verhandeln.

Viel gelesene Tweets

Im Berichtsjahr ist die Präsenz des Kantons Zürich in den Social Media weiter gewachsen – gleichzeitig sind gröbere Unstimmigkeiten ausgeblieben. Twitter hat sich als stärkster zentraler Kanal behauptet, weit über 6000 Leute verfolgen die kantonalen News auf diesem Kanal. Auf Facebook sind allen voran die Kantonspolizei und der ZVV erfolgreich unterwegs. Neu sind im Berichtsjahr kantonale Präsenzen auf den Business-Netzwerken LinkedIn und Xing entstanden. Insgesamt ist das Publikum der kantonalen Angebote um erfreuliche 82 Prozent gewachsen und setzt sich Ende Jahr aus mehr als 42 000 Followers und Likers zusammen. Vermehrt zu beobachten sind Tweets aus dem Kantonsrat (#krzh) sowie rund um den Regierungsrat (#rrzh). Besonders populär sind Themen rund um den öffentlichen Verkehr, grosse Bauprojekte, Wahl- und Abstimmungsergebnisse sowie Auftritte von Regierungsrats- und Bundesratsmitgliedern.



Planung für das Polizei- und Justizzentrum optimiert

Ermöglicht wird die Umnutzung des Kasernenareals durch das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ), das auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs in Zürich entsteht. Das PJZ erlaubt die Zusammenführung von Abteilungen der Kantonspolizei und der Strafverfolgungsbehörden, von Ausbildungseinrichtungen der Polizei sowie des Polizeigefängnisses und des neuen Bezirksgefängnisses Zürich II. Diese Abteilungen und Einrichtungen sind heute auf über 30 Standorte verteilt und zum grossen Teil in ungeeigneten und ungenügenden Räumlichkeiten untergebracht.

Die Planung des PJZ ist inzwischen durch den Regierungsrat angepasst worden. Nötig ist diese Optimierung, weil der Flächenbedarf der dereinst dort einquartierten Abteilungen von Kantonspolizei und Justiz höher ausfällt als ursprünglich angenommen. Unter Einhaltung des Budgets sowie des Zeitplans hat sich der Regierungsrat dafür entschieden, das PJZ mit fünf Obergeschossen zu realisieren und für allfällige spätere modulare Erweiterung zu wappnen. Darüber hinaus müssen einzelne Einheiten der Justiz und der Kantonspolizei länger an ihren heutigen Standorten bleiben.

Mehr Nähe, mehr Personal, mehr Sicherheit

Die Kantonspolizei hat im Berichtsjahr die Regionalpolizei neu gegliedert. Nun gibt es vier etwa gleich grosse Abteilungen: Winterthur/Weinland, Zürcher Unterland, See/Oberland und Limmattal/Albis. Die neue Aufteilung trägt dem starken Bevölkerungswachstum in den Bezirken Dielsdorf und Bülach Rechnung, wo mittlerweile rund 220 000 Menschen leben. Gleichzeitig nähert sich der Bestand des Korps seinem Soll, wodurch auch mehr Nähe zur lokalen Bevölkerung, zu den zugehörigen Gemeinden und Behörden sowie zu den Partnerorganisationen entsteht. Die Regionalpolizei ist die eigentliche Frontpolizei der Kantonspolizei und für die Grundversorgung zuständig. Sie leistet mit ihren rund 600 Mitarbeitenden rund um die Uhr ihren Dienst und interveniert in verkehrs-, sicherheits- und kriminalpolizeilichen Belangen meistens als Erste am Einsatzort.

Grünes Licht für den Lehrplan 21

Der Bildungsrat des Kantons Zürich hat im Herbst des Berichtsjahres entschieden, mit den Vorbereitungen zur Einführung des Lehrplans 21 zu beginnen. Dies nachdem die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz diesen freigegeben hat. Die Einführung im Kanton Zürich wird gestaffelt und frühestens ab dem Schuljahr 2017/2018 erfolgen.

Mit dem Lehrplan 21 harmonisieren 21 deutsch- und mehrsprachige Kantone – daher der Name – die inhaltlichen Ziele der Volksschule. Er orientiert sich an Kompetenzen und beinhaltet sowohl Wissen als auch Können. Die Kompetenzorientierung wurde im Kanton Zürich im Rahmen der Konsultation im letzten Jahr grossmehrheitlich begrüsst. Die Methodenfreiheit der Lehrpersonen bleibt gewährleistet.

Die Zürcher Volksschülerinnen und -schüler sind leistungsmässig bereits gut unterwegs. Eine 2014 publizierte Längsschnittstudie belegt, dass sie in Mathematik und noch stärker in Deutsch während ihrer Schulzeit deutliche Fortschritte machen. Die Studie befasst sich alle drei Jahre mit rund 1600 Schülerinnen und Schülern, die im Jahr 2003 in die 1. Klasse eingetreten sind, und macht langfristige Leistungsentwicklungen nachvollziehbar. So legen sie in der Unter- und Mittelstufe eher in Mathematik zu, während sie in der Oberstufe in Deutsch die grösseren Fortschritte erzielen. Ein Vergleich mit den PISA-Resultaten zeigt, dass die Leistungen der Sekundarschülerinnen und -schüler insgesamt hoch sind und deutlich über dem OECD-Durchschnitt liegen.

Die Einführung des Lehrplans 21 wird Gelegenheit geben, die Situation im Unterricht gemeinsam mit Lehrpersonen, Fachdidaktikerinnen und -didaktikern und Lehrmittel-Autorinnen und -Autoren weiterzuentwickeln. Mit dem neuen Lehrplan erhalten die Lehrpersonen geeignete Lern- und Förderinstrumente, mit denen sie den Unterricht und die individuelle Förderung noch stärker auf den Lernstand und die Lernfortschritte der Schülerinnen und Schüler abstimmen können.

19 000 Untersuchungen des kantonalen Labors

Fast alles, was in einem Haushalt zu finden ist – von der Milch bis zum Kräutertee, von der Zahnpasta bis zum Kochlöffel –, fällt unter die Kontrollen des Kantonalen Labors. Rund 19 000 Proben hat es chemisch, mikrobiologisch oder physikalisch untersucht. Es steigert so die Lebensmittelhygiene und -sicherheit und trägt somit massgeblich zur guten Gesundheit der Zürcher Bevölkerung bei. Den meisten Lebensmittelbetrieben im Kanton Zürich kann aufgrund der Inspektionsergebnisse ein gutes Zeugnis ausgestellt werden, 80 Prozent der 9140 kontrollierten Betriebe sind einwandfrei. Nur in 12 Fällen war die Lebensmittelsicherheit nicht garantiert und Sofortmassnahmen wurden nötig.

Nächtliche Tänze auf dem politischen Parkett

Im September des Berichtsjahres hat sich das Rathaus an der «Langen Nacht der Zürcher Museen» beteiligt und ist erneut auf reges Interesse der Bevölkerung gestossen. Bunte Lichtinstallationen haben die Leute beim Vorbeigehen neugierig gemacht und drinnen zum Staunen gebracht: 2445 Besucherinnen und Besucher haben den Weg ins Rathaus, den Ratssaal und das Sitzungszimmer des Regierungsrats gefunden. Zu später Stunde hat der überaus gut besuchte Tanz auf dem politischen Parkett im speziell ausgeleuchteten Festsaal mit den Musikern und Tanzcoaches die alten Gemäuer zum Vibrieren gebracht.



Ein Löwe für alle

Die kantonale Verwaltung ist im Berichtsjahr dem Ziel eines einheitlichen und unverwechselbaren visuellen Auftretens nach innen und aussen ein grosses Stück näher gerückt. Mittlerweile wenden die Mehrheit der Direktionen, die Staatskanzlei und der Regierungsrat das neue Corporate Design des Kantons Zürich an. Im Folgejahr wird die letzte Direktion ebenfalls den neuen Auftritt anwenden. Dem aufrecht schreitenden Zürcher Löwen begegnen die Einwohnerinnen und Einwohner unter anderem auch auf der neu konzipierten Abstimmungszeitung, die jeweils in einer Auflage von 900 000 Exemplaren erscheint. Diese sorgt mit kürzeren, leichter verständlicheren Texten, einer klareren Gliederung und anschaulichen Grafiken für noch bessere und weiterhin umfassende Informationen zu den kantonalen Abstimmungsvorlagen.

Der Kanton Zürich auf dem Smartphone

Mobile Geräte mit Touchscreen, also Smartphones und Tablets, sind für die Zürcherinnen und Zürcher längst fester Bestandteil ihres Alltags. Die Zugriffe auf die kantonalen Websites erfolgen zunehmend von solchen Geräten aus – und in Zukunft bestimmt noch öfters. Seit Ende des Berichtsjahres werden deshalb alle kantonalen Websites in einer für Smartphones und Tablets optimierten Form angeboten. Dabei wird automatisch die zum Gerät passende Version angezeigt, am PC-Bildschirm wie auf den mobilen Geräten. Weiterhin erfüllen die kantonalen Websites die Anforderungen bezüglich der Barrierefreiheit, sind also für Menschen mit einer Sehbeeinträchtigung gut lesbar.



Die BVK ist endgültig verselbstständigt

Mit dem Eintrag der Verselbstständigung in das Handelsregister ist die BVK 2014 endgültig von einer Verwaltungsabteilung der Finanzdirektion zu einer selbstständigen juristischen Person geworden. Der Kanton Zürich hat seine Pensionskasse somit verselbstständigt, ohne dass er die vom Bund nachträglich um ein Jahr erstreckte Frist in Anspruch nehmen musste und ohne dass Rechtsmittel ergriffen worden sind. Dies war angesichts der Komplexität dieses Vorhabens sowie der kurzen Zeit zwischen der Inkraftsetzung der neuen Gesetzesbestimmungen durch den Bundesrat (Mitte 2011) und der gesetzten Frist (ursprünglich bis Anfang 2014) keine Selbstverständlichkeit. Der Kanton Zürich ist überzeugt, dass er die BVK auf einem sehr guten Fundament in die Selbstständigkeit entlassen hat und dass sie in Zukunft für alle angeschlossenen Arbeitgeber eine starke, agile Partnerin in der beruflichen Vorsorge sein wird. Der Deckungsgrad der BVK hat sich seither – begünstigt auch durch die Einmaleinlage des Kantons und das freundliche Klima an den Börsen – erfreulich entwickelt.

Digitale Dienstleistungen gestärkt

Auch im digitalen Bereich hat der Kanton Zürich seine Dienstleistungen für seine Einwohnerinnen und Einwohner gestärkt. Einige davon sind schweizweit einmalig.

Anklang findet beispielsweise die Online-Steuererklärung, die von über 95 000 Steuerpflichtigen verwendet worden ist. Dies entspricht bereits einem Anteil von 11,5 Prozent aller eingereichten Steuererklärungen. Mehr als 14 000 vorwiegend junge Steuerpflichtige haben die Version für steuerlich einfache Fälle verwendet, die sich bequem am Smartphone oder Tablet ausfüllen lässt. Gleichzeitig hat die Download-Version der Steuererklärung keine Anwendungen verloren, sondern weitere dazugewonnen. Neu können auch Firmen die Quellensteuer ihrer ausländischen Arbeitnehmenden via ein kantonales Webportal abwickeln. Die nötigen Daten können sogar automatisch aus der Lohnbuchhaltung übermittelt werden.

Auf grosses Interesse ist der angekündigte elektronische Umzug gestossen. Ab 2015 wird es in ersten Pilotgemeinden möglich sein, sich bei einem Umzug innerhalb des Kantons online bei der alten Gemeinde ab- und bei der neuen auf dem Einwohnermeldeamt anzumelden.

Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, können sich nun von einer kostenlosen Smartphone-App dabei unterstützen lassen. Die App ist vom Amt für Jugend- und Berufsberatung entwickelt worden. Sie erinnert die Jugendlichen an wichtige Termine bei der Berufsfindung, zeigt ihnen offene Stellen für Schnupperlehren in ihrer Umgebung an und enthält weitere nützliche Tipps.

Überarbeitet worden ist ein Webportal des Statistischen Amtes mit Daten zu den 170 Gemeinden des Kantons Zürichs (Stand 2014). Es beinhaltet Karten und Grafiken zur zeitlichen Entwicklung einzelner Indikatoren, Gemeinden können einfacher verglichen und Daten einfacher exportiert und heruntergeladen werden.

Das Staatsarchiv digitalisiert seinerseits sämtliche Regierungsratsbeschlüsse von 1803 bis 1995 und macht diese fortlaufend online verfügbar, inklusive einer Volltextsuche. Bisher sind schon über 100 000 Beschlüsse aus dem 19. Jahrhundert abrufbar. Der Regierungsrat hat ausserdem beschlossen, fortan amtliche Publikationen in erster Linie elektronisch zu publizieren. So lange noch eine genügend grosse Nachfrage für die gedruckten Fassungen besteht, werden auch diese weiterhin herausgegeben. Auch Urkunden sollen im Kanton Zürich vermehrt elektronisch erstellt und weitergeleitet werden können. Dies soll den Umgang zwischen Firmen und beispielsweise dem Handelsregisteramt oder Notariaten vereinfachen.

Der Kanton Zürich wird sein bisher als Pilotprojekt aufgestelltes Angebot an «Open Government Data» in ein definitives Angebot überführen. Und weil schliesslich die Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) immer wichtiger für den Wirtschaftsraum Zürich werden, wird das «eZürich Netzwerk», das bislang unter der Federführung der Stadt Zürich stand, künftig vom Kanton Zürich koordiniert.

Sachthemen



01

Direktion der Justiz und des Innern

**Vorarbeiten zum E-Voting, verbesserte Risikoanalyse
bei Gewalt- und Sexualstraftätern und erste Versuche mit
«Electronic Monitoring»**

«Ich bin Zürich»

Ob in Zürich, Wallisellen oder Kyburg: Zur erfolgreichen Integration gehört immer die Identifikation mit dem Ort, an dem man sich niederlässt – genauso wie mit den Menschen, mit denen man lebt und arbeitet. Die Fachstelle für Integrationsfragen hat dazu im Herbst des Berichtsjahres eine originelle Kampagne lanciert. Sechs Persönlichkeiten unterschiedlicher Herkunft besetzen das «Ich» aus dem Wort «Zürich» bildlich und erzählen von ihrer Beziehung zu ihrer Heimat, dem Kanton Zürich. Sie werben auf sympathische Art und Weise für die Integration in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft, Sport und Politik.

Kommende Generation der elektronischen Stimmabgabe

Zusammen mit sieben weiteren Kantonen arbeitet der Kanton Zürich an einem technisch weiterentwickelten und noch sichereren System für die elektronische Stimmabgabe. Die beteiligten Kantone haben entschieden, den Zugang zum Quellcode ihrer Systeme der zweiten Generation zu erleichtern. Diese Massnahme ermöglicht es unabhängigen Fachpersonen, die Sicherheit des E-Voting-Systems zu überprüfen. Im Fokus der Weiterentwicklung steht die Einführung der Verifizierbarkeit: Wer seine Stimme abgegeben hat, soll dies verbindlich bestätigt bekommen. Ausserdem soll die Barrierefreiheit der Systeme gewährleistet werden, sodass auch Stimmberechtigte mit einer Behinderung ihre Stimme autonom und unter Wahrung des Stimmgeheimnisses abgeben können.

Ab März 2015 können die ungefähr 22000 stimmberechtigten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer als Erste ihre Stimme mit E-Voting abgeben.

Zukunftsweisendes Modell zur Senkung der Rückfälle von Straftätern

Der Kanton Zürich hat seit 2010 gemeinsam mit den Kantonen Luzern, St. Gallen und Thurgau ein Modell entwickelt, das Rückfälle von Gewaltstraftätern verhindern soll. Der Bundesrat hat den Modellversuch «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» (ROS) als «zukunftsweisendes Modell von gesamtschweizerischer Bedeutung» bezeichnet. Einerseits richtet sich der Umgang mit den Straftätern stark nach deren individuellen risikorelevanten Problemen. Andererseits werden die zahlreichen Akteure und Institutionen im Justizvollzug effektiver vernetzt und damit deren Zusammenarbeit verbessert. Eine weitere Stärke von ROS ist die konsequente Ausrichtung auf einen durchgehenden Prozess über den gesamten Vollzug hinweg. Diese Sichtweise führt dazu, dass alle beteiligten Fachpersonen mit inhaltlicher Konstanz, einer einheitlichen Sprache und einem gemeinsamen Fallverständnis arbeiten und so Schnittstellen besser bewältigen können. Diese Verbesserungen können dazu beitragen, die Zahl der Rückfälle zu senken, auch wenn immer ein Restrisiko bleibt.

Fernüberwachung per «Electronic Monitoring» erprobt

Im Herbst 2014 hat der Kanton Zürich Selbstversuche mit Electronic Monitoring (EM) gestartet. Mittels EM kann der Aufenthaltsort von Straftätern und beschuldigten Personen überwacht werden. Ein Sender am Fussgelenk meldet dem System, wo diese sich wann aufhalten. Auf diese Weise lässt sich prüfen, ob jemand einen allfälligen Hausarrest oder ein Rayonverbot befolgt.

Ein Pilotversuch mit jungen Straftätern soll 2015 Erkenntnisse dazu liefern, in welchen Fällen EM einen echten Mehrwert schafft. Die gewonnenen Erfahrungen sollen bei der Erweiterung auf zusätzliche Anwendungsfelder einfließen. Ein weiteres geplantes Einsatzgebiet ist der Einsatz von EM anstelle von Untersuchungshaft. Das Electronic Monitoring alleine kann jedoch keine Straftaten verhindern und ist deshalb für gefährliche Straftäter nicht geeignet. Auch eine durch EM begleitete Vollzugslockerung wird nur nach erfolgter Risikoabklärung gewährt. EM fordert auch die Straftäter stark, da sie sich im gewohnten Umfeld bewähren müssen. Einsparungen sind in jenen Fällen zu erwarten, bei denen Haftkosten entfallen.

02

Sicherheitsdirektion

Rekrutierungserfolge bei der Kantonspolizei, verbesserte Führerprüfungen und beschleunigte Asylverfahren

100 neue Aspirantinnen und Aspiranten

Die Kantonspolizei hat ihre erfolgreiche Rekrutierung fortsetzen können. Die wiederum 100 neu eintretenden Aspirantinnen und Aspiranten haben dazu beigetragen, dass die Leistungsfähigkeit der Kantonspolizei Zürich in verschiedenen Bereichen gestärkt wurde. Das kantonale Polizeikorps ist ausserdem in den Regionen verstärkt präsent und die Prävention ist intensiviert worden. Neue Dienste – wie etwa jener gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel – sind ebenfalls etabliert geworden. Gestartet ist unter Führung der neu gegründeten Präventionsabteilung namentlich auch das kantonale Bedrohungsmanagement.

Weniger negative Führerprüfungen

Das Strassenverkehrsamt blickt auf ein erfolgreiches Berichtsjahr zurück. Die Gesamtzahl der Prüfungen (theoretische und praktische Führerprüfungen sowie technische Fahrzeugprüfungen) konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die neue Prüfstation in Bülach trägt wesentlich zur Erhöhung der Prüfkapazitäten bei. Aufgrund der hohen Zahl von dritten negativen Führerprüfungen wurde ein modifiziertes, vorerst auf die Kategorie B beschränktes Verfahren getestet. Der neue Ablauf sieht vor, dass vor der dritten Führerprüfung zwingend ein Gespräch zwischen Fahrlehrerin bzw. Fahrlehrer und zuständigem Kaderexperten des Strassenverkehrsamtes stattfinden muss. Ziel des Gespräches ist es, den Ursachen der bisherigen Misserfolge auf den Grund zu gehen und fehlende oder ungenügende Ausbildungsteile zu besprechen, um so die Vorbereitung für die dritte Führerprüfung zu optimieren. Die Zahl aller negativen Führerprüfungen ist nach Einführung des neuen Prüfungsmodus deutlich gesunken. Dies hat das Strassenverkehrsamt dazu bewogen, dieses neue Verfahren nun auf alle Prüfungskategorien auszudehnen.

Pilotbetrieb mit beschleunigten Asylverfahren

Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 23765 Asylgesuche gestellt, 2300 Gesuche mehr als im Vorjahr. Der Bund hat in der Stadt Zürich einen Testbetrieb für das neue beschleunigte Asylverfahren durchgeführt, das kantonale Migrationsamt hat hierfür den Vollzug der Wegweisungen übernommen. Der Bund beabsichtigt, den Pilotbetrieb auf die ganze Schweiz auszuweiten.

Der anhaltende Bürgerkrieg in Syrien hat dazu geführt, dass bis Ende Berichtsjahr rund 9000 schutzbedürftige syrische Staatsangehörige in die Schweiz eingereist sind. Die überwiegende Mehrheit wurde vom Staatssekretariat für Migration vorläufig aufgenommen. Das führte zu einem Anstieg der vorläufig aufgenommenen Menschen im Kanton Zürich von 4195 auf über 5500.

Kitesurfen auf dem Zürichsee
Anfang des Berichtsjahres hat der Bundesrat das seit 15 Jahren bestehende allgemeine Verbot des Kitesurfens per 2016 aufgehoben. Bereits 2015 wird das Kitesurfen auf Teilen des Zürichsees legalisiert. Dort, wo bereits das Windsurfen erlaubt ist, wird auch das Kitesurfen möglich sein. Für beide Sportarten nach wie vor gesperrt bleibt das untere Seebecken.

03

Finanzdirektion

Vorarbeiten zur Unternehmenssteuerreform III und Massnahmen zur Informatikstrategie

Zusätzliche Leistungen des Lotteriefonds

Der Zürcher Lotteriefonds unterstützt jedes Jahr eine grosse Zahl von gemeinnützigen Projekten. So verfügt der Regierungsrat für allgemeine Beiträge von bis zu 500 000 Franken über eine Vergabekompetenz von jährlich 20 Mio. Franken für Projekte mit Bezug zu Zürich sowie weitere 10 Mio. Franken (ab 2015 neu 8 Mio. Franken) für die Inlandhilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Rund 3,3 Mio. Franken gehen jährlich an den Zoo Zürich. Ab 2016, befristet bis 2021, sollen der Fachstelle für Kultur 23 Mio. Franken zufließen, mit denen vor allem die weniger etablierte Kultur ausserhalb der Zentren unterstützt werden soll. Der Denkmalpflege und Archäologie sollen 9,5 Mio. Franken aus dem Lotteriefonds zur Verfügung stehen. 6 Mio. Franken sollen für kulturelle und soziale Projekte im Schulbereich bereitgestellt werden. Eine halbe Million Franken soll dem ZVV schliesslich den Erhalt historischer Verkehrsmittel ermöglichen.

Aktive Mitgestaltung der Unternehmenssteuerreform III

Der Bund hat im Berichtsjahr seine Vorschläge zur Unternehmenssteuerreform III konkretisiert. Deren Ziel ist es, die internationale Akzeptanz gegenüber zentralen Merkmalen der schweizerischen Unternehmenssteuerordnung wiederherzustellen, eine weiterhin konkurrenzfähige Steuerbelastung der Unternehmen zu gewährleisten sowie die Einnahmen für Bund, Kantone und Gemeinden zur Finanzierung staatlicher Tätigkeiten sicherzustellen. Die Geschäftsleitung des kantonalen Steueramts ist in wichtigen Arbeitsgruppen des Bundes zur Unternehmenssteuerreform III vertreten und hat dort bei der Ausgestaltung der steuerpolitischen Massnahmen aktiv Einfluss nehmen können. Parallel dazu hat das Steueramt mögliche Auswirkungen der zur Diskussion stehenden Änderungen auf Unternehmen im Kanton untersucht. In enger Kooperation mit der Finanzverwaltung ist der Regierungsrat im Vorfeld der Vernehmlassungen mehrmals über die Arbeiten informiert worden, und es sind die notwendigen Grundlagen für die entsprechenden Stellungnahmen des Regierungsrats erarbeitet worden.

Im Kanton Zürich machen die von der Unternehmenssteuerreform III besonders betroffenen Gesellschaften nur einen kleinen Teil der Unternehmen aus. Doch diese Unternehmen kommen für 5 Prozent der Gewinnsteuer und 17 Prozent der Kapitalsteuer auf. Zudem bieten sie auch zahlreiche wertvolle Arbeitsplätze für hochqualifizierte Mitarbeitende. Deshalb ist der Regierungsrat daran interessiert, dass diese Unternehmen im Kanton Zürich Rahmenbedingungen vorfinden, die es für sie interessant machen, hier ansässig zu bleiben. Es braucht daher Ersatzmassnahmen, die gezielt wirken und einen direkten Zusammenhang mit der Sicherung der Konkurrenzfähigkeit und Akzeptanz der Schweiz als Standort für international tätige Unternehmen haben. Ausserdem ist die Bedeutung der Unternehmenssteuerreform III für den Kanton Zürich deshalb gross, weil er einen national gesehen vergleichsweise hohen Anteil seiner Steuererträge von den Unternehmen erhält (20 Prozent). Die absehbaren Anpassungen im Steuerrecht haben zudem Änderungen bei der Berechnung der Ausgleichszahlungen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) zur Folge. Im NFA wird der Kanton Zürich gemäss dem Vernehmlassungsbericht tendenziell entlastet.

Massnahmen zur Umsetzung der kantonalen IT-Strategie

Die heutige Informatikstrategie des Kantons Zürich ist 2008 vom Regierungsrat verabschiedet worden. Dabei ist auch eine priorisierte Liste von Vorhaben für deren Umsetzung beschlossen worden. Anfang des Berichtsjahres genehmigte nun das kantonale Informatik-Team (KIT) weitere Massnahmen, die zum Abschluss der Umsetzung notwendig sind. So ist ein Bericht zuhanden der Vorsteherin der Finanzdirektion (sowie der Generalsekretärenkonferenz) verfasst worden über die bisherige Umsetzung, welche unter anderem die Informationssicherheit beinhaltet. 2015 wird die letzte Phase der Umsetzung anlaufen, welche die Gründung eines Kompetenzzentrums für das IT-Projektmanagement, die Zentralisierung der Betriebsstandorte, ein Servicecenter für die Optimierung der IT-Beschaffung, die Umsetzung der mobilen Einsatzstrategie sowie die Erarbeitung der ICT-Kommunikationsstrategie 2019 umfasst.

04

Volkswirtschaftsdirektion

Einsatz für faire Arbeits- und Lohnbedingungen, Zusammenarbeit mit China und die prägenden Branchen des Kantons

Zum Schutz der geltenden Arbeits- und Lohnbedingungen

Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit haben sich als Instrumentarium zum Schutz der in der Schweiz geltenden Arbeits- und Lohnbedingungen im Berichtsjahr erneut bewährt. Sie haben erfolgreich gegen eine Unterschreitung derselben gewirkt.

Gemäss ersten Ergebnissen der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung des Bundesamts für Statistik besteht kein genereller Lohndruck infolge der Personenfreizügigkeit. Von einem allfälligen Lohndruck betroffen sind lediglich einzelne Branchen, welche grossmehrheitlich über einen allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag (GAV) verfügen.

In Branchen ohne GAV hat die kantonale tripartite Kommission (TPK) insgesamt 1986 Kontrollen durchgeführt. Dabei wurden in 125 Fällen Lohnunterbietungen festgestellt und die betroffenen Arbeitgeber im Rahmen des gesetzlich vorgesehenen Verständigungsverfahrens zur Nachzahlung der vorenthaltenen Lohndifferenzen sowie zur Anpassung des Arbeitsvertrages (bei Schweizer Arbeitgebern) aufgefordert. Diese Verfahren konnten mehrheitlich erfolgreich abgeschlossen werden. Auch das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit effizient und verantwortungsbewusst. Es wurden in 147 Fällen Bussen wegen Verletzung von Mindestlohnbestimmungen ausgesprochen, 279 Bussen wegen Verletzung der Dokumentationspflicht bei selbstständigen Dienstleistungserbringern verfügt, 100 Dienstleistungssperren wegen Lohnunterbietung, unbezahlten Bussen oder Auskunftsverweigerung angeordnet sowie 298 Bussen wegen Verletzung der Meldevorschriften auferlegt.

Fortführung der Zusammenarbeit mit chinesischen Provinzen

Der Kanton Zürich hat seine wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem Wachstumsland China weiter vertieft. Im Rahmen einer Delegationsreise nach China, an der der Volkswirtschaftsdirektor gemeinsam mit Fachleuten aus der kantonalen Verwaltung, Vertretern von Universität und ETH sowie aus der Privatwirtschaft teilgenommen hat, ist die 2012 lancierte Partnerschaft mit der Millionenmetropole Chongqing weiter konkretisiert worden. Ein Symposium zum Thema nachhaltige Stadtentwicklung sowie Kontakte auf Regierungsebene sind im Zentrum der Reise gestanden. Die Stadt Chongqing beabsichtigt, einen Stadtteil nach dem Konzept der «Smart-City» nachhaltig zu planen und zu entwickeln. Der Kanton Zürich ist bereit, diese beispielhafte Entwicklung mit Fachwissen zu unterstützen. Dies bietet auf dem Gebiet der Stadtentwicklung tätigen Zürcher Firmen sowie Forschungsinstitutionen interessante Perspektiven. Anlässlich der Delegationsreise ist auch ein Partnerschaftsabkommen zwischen dem Kanton Zürich und der chinesischen Provinz Guangdong unterzeichnet worden. Es umfasst eine vertiefte Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Handel, umweltfreundliche Industrien, Wissenschaft und Bildung. Das Abkommen hat unter anderem zum Ziel, die Kontakte zwischen chinesischen und Zürcher Firmen zu intensivieren.

Finanzen, Life-Science und Kreativwirtschaft

Der Kanton Zürich zeichnet sich durch eine hohe Branchenvielfalt aus. Neben dem bedeutenden Finanzsektor gewinnen andere Wirtschaftsbranchen seit Jahren an Terrain. Zürich ist demnach auch ein Werk- und Denkplatz und damit eine wichtige Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Forschung.

Im Kanton Zürich werden Branchengruppen, die aufgrund der hohen Dichte an Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen eine wichtige Rolle spielen, in sogenannten Clustern zusammengefasst. Neben dem Finanzcluster, dem wertschöpfungsstärksten Branchenschwerpunkt des Standorts Zürich, hat der Life-Science-Sektor an Bedeutung zugelegt: Kein anderer Branchencluster ist im Kanton Zürich in den letzten zehn Jahren so stark gewachsen. Zahlreiche innovative Unternehmen sind auch aus der Informations- und Kommunikationsbranche hervorgegangen. Die Bedeutung der Kreativwirtschaft zeigt sich in den Beschäftigungszahlen. Der Kreativsektor leistet aber auch einen wesentlichen Beitrag zur hohen Lebensqualität am Standort Zürich.

Die Bilateralen Verträge mit der EU müssen gewährt bleiben

Im Februar ist die sogenannte «Masseneinwanderungsinitiative» (MEI) knapp angenommen worden, wobei die Stimmberechtigten des Kantons Zürich sie abgelehnt haben. Im März des Berichtsjahres hat der Regierungsrat seine Forderungen in Bezug auf die Umsetzung der MEI in einem Schreiben an den Bundesrat formuliert. Er bekräftigt darin seinen Willen, sich als grösster Wirtschaftskanton aktiv an der Lösung der Probleme zu beteiligen, welche mit der Umsetzung der Initiative verbunden sind. Diese dürfe nicht zu einer Schwächung des Wirtschafts- und Forschungsstandorts führen, insbesondere gelte es, die Möglichkeiten zur Rekrutierung von dringend benötigten Fachkräften zu erhalten.

05

Gesundheitsdirektion

Erfreuliche Kostenentwicklung, neue Aufgaben für die Ethikkommission und langfristige Planung

Den Bienenvölkern geht es etwas besser

Seuchen sind eine Gefahr für die Tierwelt – und können Auswirkungen auf den Menschen haben, beispielsweise wenn sie Nutztiere betreffen. Die Seuchenbekämpfung durch das Veterinäramt ist darum eine wichtige Aufgabe. Die Bruterkrankungen der Bienenvölker sind im Zentrum der Tierseuchenbekämpfung gestanden.

Insgesamt sind die Zahlen erfreulicherweise rückläufig, den Zürcher Bienen geht es besser. Zudem sind in Klautierbeständen gesamt-schweizerische Untersuchungen betreffend das Virus des PRRS (Porcines reproductives und respiratorisches Syndrom) durchgeführt worden.

Es handelt sich hierbei um eine Virusinfektion bei Schweinen, die Fruchtbarkeitsstörungen, Aborte, Geburten lebensschwacher Ferkel und milde respiratorische Symptome verursachen kann. Damit gilt die Schweiz weiterhin als PRRS-frei. Ebenfalls fortgesetzt wurde die Tuberkulose-Überwachung der Rindviehbestände.

Dabei musste ein Bestand im Kanton Zürich vertieft abgeklärt werden; schliesslich konnte aber Entwarnung gegeben werden.

Stabile Spitaltarife

Die Zürcher Gesundheitsversorgung funktioniert gut und ist qualitativ hochstehend; gleichzeitig gehören die Zürcher Spitäler zu den effizientesten in der ganzen Schweiz. Aktuelle Zahlen zeigen, dass die Fallkosten der Spitäler im Kanton Zürich stabil geblieben sind, und bestätigen somit die Kalkulation der vom Regierungsrat festgesetzten Tarife. Die Qualität der Zürcher Methodik zur Spitaltariffestsetzung wurde im Berichtsjahr auch vom Bundesverwaltungsgericht in einem ersten Leitenentscheid positiv gewürdigt. Der dank hoher Effizienz seit mehreren Jahren stabile Benchmark und die damit verbundenen stabilen Tarife – bei gleichbleibender Qualität – sind eine hervorragende Leistung des Zürcher Spitalwesens. Dies kommt den Zürcherinnen und Zürchern zugute – als Patienten, Steuer- und Prämienzahler: So liegen die Krankenkassenprämien im Kanton Zürich im Schweizer Mittel und deutlich unter denjenigen der anderen Universitätskantone und urbanen Regionen. Zudem bestätigt das Monitoring der Kostenentwicklung durch das Bundesamt für Gesundheit für den Kanton Zürich 2014 ein unterdurchschnittliches Wachstum bei den Gesundheitskosten.

Stärkung der Ethikkommission

Auf Anfang des Berichtsjahres ist das Humanforschungsgesetz (HFG) in Kraft getreten. Seither ist die Forschung im Bereich der Humanmedizin umfassend auf Bundesebene geregelt. Es geht dabei um eine höchst faszinierende, aber auch sehr komplexe Materie.

Für den Kanton Zürich als schweizweit bedeutenden Forschungsstandort hat das HFG eine grosse Bedeutung. Die Bewilligung entsprechender Forschungsvorhaben ist Sache der Kantonalen Ethikkommission Zürich, einer fachlich unabhängigen Kommission, die vom Regierungsrat gewählt wird. Mit Inkrafttreten des HFG hat sich der Zuständigkeitsbereich der Ethikkommission stark ausgeweitet. So hat sie unter anderem die bisherigen Aufgaben der Eidgenössischen Expertenkommission für das Berufsgeheimnis in der medizinischen Forschung übernommen. Zudem muss die Ethikkommission nicht mehr nur wie bis anhin Heilmittelstudien begutachten, sondern sie ist neu für alle Studien zuständig, welche die Erforschung von Krankheiten oder Aufbau und Funktion des menschlichen Körpers zum Ziel haben. Darüber hinaus müssen neu alle klinischen Studien in einem öffentlich zugänglichen Register eingetragen werden. Dabei obliegt es der Ethikkommission zu überprüfen, ob die eingetragenen Studiendaten mit der von ihr bewilligten Fassung tatsächlich identisch sind. Die Übernahme bisheriger Bundesaufgaben und die Schaffung neuer Aufgabenbereiche haben eine personelle Verstärkung der Ethikkommission unabdingbar gemacht

Arealplanung für Zürich-Lengg

Der Kanton Zürich ist Standort verschiedener Institutionen der spezialisierten und hochspezialisierten Gesundheitsversorgung mit überregionalem, teilweise sogar nationalem Leistungsauftrag. Mehrere dieser Spitäler – die Uniklinik Balgrist, die Psychiatrische Universitätsklinik, das Schweizerische Epilepsie-Zentrum, die Klinik Hirslanden und die Schulthess Klinik – sind in Zürich-Lengg angesiedelt. In den nächsten Jahren wird hier zudem der Neubau des Kinderspitals Zürich, ebenfalls eine Klinik von nationaler Bedeutung, entstehen. Die räumliche Nähe dieser Institutionen ermöglicht einen intensiven Austausch und durch die gemeinsame Nutzung der Infrastruktur der medizinischen Versorgung, Forschung und Lehre werden beachtliche Synergien realisiert.

Gleichzeitig nehmen die Anforderungen an den Siedlungsraum zu. Im Auftrag der Bildungsdirektion und der Gesundheitsdirektion hat die Baudirektion deshalb, gestützt auf den kantonalen Richtplan, eine Gebietsplanung in Angriff genommen. Dabei sollen Entwicklungspotenziale ausgelotet und umweltverträglich nutzbar gemacht werden. Im Berichtsjahr ist das zugehörige Vorprojekt abgeschlossen worden, im Folgejahr startet das Hauptprojekt unter Beteiligung aller Anspruchsgruppen.

06

Bildungsdirektion

Frühe Förderung, Massnahmen gegen Gewalt im Schulalltag und gestärkte Fachhochschulen

Frühe Lerngelegenheiten

Der Regierungsrat hat es sich zum Ziel gesetzt, die Startchancen für sozial benachteiligte Kinder zu verbessern. Einen Beitrag dazu leisten 40 Kurzfilme über frühkindliches Lernen im Alltag, die in 13 Sprachen online publiziert worden sind. Die Kurzfilme wollen besonders die Arbeit von Fachpersonen der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung – in der aufsuchenden Familienarbeit, der Mütter- und Väterberatung, der Elternbildung – unterstützen. Denn Kinder lernen in ihren ersten Jahren so viel wie später nie mehr. In den Videos werden Erfahrungen veranschaulicht, die für Kinder bis im Alter von vier Jahren wichtig sind. Die Filme sind im Berichtsjahr weltweit 350 000 Mal aufgerufen worden, davon 270 000 Mal in der Schweiz.

Massnahmen gegen Gewalt im schulischen Umfeld

Zur Überprüfung des Nutzens und des Aufgabenprofils der Stelle des Beauftragten «Gewalt im schulischen Umfeld» wurde im Auftrag der Bildungsplanung eine Befragung unter den betreffenden Anspruchsgruppen durchgeführt. Aufgrund des ausgewiesenen Nutzens der Stelle hat der Regierungsrat beschlossen, diese ab 2015 unbefristet weiterzuführen. Des Weiteren ist gemeinsam mit der Stadt Zürich ein Pilotprojekt zur Prävention von Gewalt in jugendlichen Beziehungen initiiert worden. Im Hinblick auf das 2015 startende kantonale Schwerpunktprogramm Suizidprävention wurde die Neuauflage einer Broschüre zum Thema «Suizid und Schule» vorbereitet.

Im Rahmen der Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Krisenmanagements an Schulen wurde eine Notfall-App für Smartphones entwickelt. Die App enthält eine Alarmfunktion, Checklisten zum Handeln im Notfall und direkt wählbare Rufnummern der Blaulichtorganisationen sowie jene der schulinternen Krisenteams. Nach einem Testlauf in den Schulen wird sie 2015 veröffentlicht werden. Im Teilprojekt «Jugend und Schulen» des kantonalen Bedrohungsmanagements der Kantonspolizei ist ein Konzept zum Bedrohungsmanagement im Jugendbereich erstellt worden. Zudem ist eine Veranstaltungsreihe zur Sensibilisierung der Schulen im Bereich Sicherheit und Krisenmanagement lanciert worden.

Wachsende Fachhochschulen

Im Berichtsjahr ist die Zürcher Fachhochschule (ZFH) weiter gewachsen und gestärkt worden. Ihr gehören die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) sowie die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) an. An allen drei Hochschulen sind die Studierendenzahlen leicht gestiegen. Dazu beigetragen haben die Erweiterung der Ausbildungsangebote durch den Bachelorstudiengang Contemporary Dance an der ZHdK und die Masterstudiengänge Management and Law sowie Ergotherapie an der ZHAW. Ausserdem wurden mehrere Studiengänge der ZHAW (Bachelorstudiengang Energie- und Umwelttechnik, Masterstudiengänge Facility Management und Wirtschaftsinformatik) akkreditiert.

Auch in die Räumlichkeiten der ZFH investiert der Kanton Zürich. In Winterthur wurden die Bauarbeiten an der Hochschulbibliothek der ZHAW weitgehend abgeschlossen; der reguläre Betrieb wird 2015 aufgenommen. Auf Beginn des Herbstsemesters konnten die Unterrichtsräume der School of Management and Law in Betrieb genommen werden. Am Standort Wädenswil der ZHAW wurden für den Studiengang Biotechnologie im Gebäude RT des Campus Reidbach die Arbeiten zur Umnutzung von Unterrichtsflächen in Laborflächen im zweiten Obergeschoss gestartet. Augenfälligste und grösste Neuerung ist der im Herbst eröffnete Hochschulcampus Toni-Areal in Zürich-West, wo die ZHdK und Teile der ZHAW untergebracht sind.

Motivierte Quereinsteiger

Als Massnahme gegen den Lehrermangel führen die Pädagogische Hochschule Zürich und das Institut Unterstrass seit 2011 Studiengänge für Quereinsteigende aller Stufen der Volksschule durch. Die Gesamtbilanz für den Ausbildungsgang Quereinstieg im Kanton Zürich fällt ausgesprochen positiv aus. Quereinsteigende sind hoch motiviert und fühlen sich am Ende ihres Studienganges gut gerüstet für den anspruchsvollen Lehrerberuf. Auch das Schulfeld und die Ausbildungsinstitutionen ziehen ein positives Fazit. Dies ist das Ergebnis einer wissenschaftlichen Evaluation, die im Berichtsjahr erstellt worden ist. Die Studiengänge sollen fortan gesetzlich verankert, gesamtschweizerisch anerkannt und permanent weitergeführt werden.

07

Baudirektion

Neuer Richtplan, renovierte Klosterinsel Rheinau und eine verbesserte Wasseraufbereitung

Was steht hinter dem Begriff «Dichte»?

Im Zusammenhang mit der Siedlungsentwicklung fällt oft der Begriff «Dichte». Welche vielseitigen Facetten er umfasst, zeigt eine Wanderausstellung, die an zwölf Standorten im Kanton Zürich gastiert. Sie führt mit informativen und reich bebilderten Stellwänden, einem dreidimensionalen Modell sowie einem Spiel-Quartett an das Thema heran. Anhand von 32 konkreten Beispielen aus dem Kanton Zürich werden die Stärken und Eigenheiten verschiedener Wohntypologien aufgezeigt. Die Wanderausstellung versteht sich als Impuls für die öffentliche Diskussion für einen breit abgestützten Dialog rund um die räumliche Entwicklung im Kanton Zürich.

Überarbeiteter Richtplan

Der Kantonsrat hat im März des Berichtsjahres den gesamthaft überprüften kantonalen Richtplan festgesetzt. Damit bestehen nun zusammen mit dem neuen Raumplanungsgesetz, welches im Mai des Berichtsjahres in Kraft getreten ist, die wesentlichen Vorgaben zur Umsetzung einer Siedlungsentwicklung nach innen durch Kanton, Regionen und Gemeinden. Eingeleitet wird der Richtplan durch das neue Raumordnungskonzept. Es bildet den übergeordneten Wegweiser für die angestrebte Entwicklung und damit auch für alle nachfolgenden Kapitel des Richtplans und stärkt diesen als strategisches Führungs- und Steuerungsinstrument. Als eigentliche Neuheit legt es fünf konkrete Handlungsräume fest, mit denen der Grossraum Zürich unterteilt wird und die ihre spezifischen Qualitäten haben. Das Spektrum reicht von den urban geprägten Stadtlandschaften bis zu den Naturlandschaften. Die Unterteilung beruht auf dem Kerngedanken, die Vielfalt der räumlichen Strukturen zu fördern. Eine Schlüsselrolle für die künftige Entwicklung fällt den Stadtlandschaften und urbanen Wohnlandschaften zu. Sie sollen mindestens 80 Prozent des künftigen Bevölkerungswachstums aufnehmen. Damit werden die Grünräume vom Bevölkerungsdruck entlastet. Das Siedlungsgebiet nicht weiter auszudehnen, war ein wesentliches Ziel bei der Richtplanrevision.

Bedeutsame Bauprojekte

Das kantonale Hochbauamt kann auf drei wichtige Projekte zurückblicken, die gemeinsam mit der Denkmalpflege realisiert worden sind: die Einweihung der Musikinsel Rheinau, die Instandsetzung des Rechberg-Ensembles in Zürich sowie die Restauration des Girsbergerhauses in Unterstammheim.

Im Mai ist die unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten renovierte Klosterinsel Rheinau als Musikinsel wiedereröffnet worden. Sie bietet neu 63 Hotelzimmer und 16 Proberäume. Das neue Musikzentrum – umgeben von Natur – ist mit einer zeitgemässen und zweckmässigen Infrastruktur ausgestattet. Dreizehn Jahre nach dem Auszug des Psychiatriezentrums kehrt damit im ehemaligen Kloster wieder Leben ein. Später sind auch eine Hauswirtschaftsschule, ein Restaurant und ein Museum vorgesehen.

Das barocke Haus zum Rechberg und der Rechberggarten am Hirschengraben in Zürich sind während zweier Jahre umfassend restauriert worden. Seit 1899 ist das unter Denkmalschutz stehende Ensemble im Eigentum des Kantons. Die Nebengebäude stehen den kantonsrätlichen Kommissionen zur Verfügung, während das Hauptgebäude für repräsentative Aufgaben des Regierungsrates sowie Verwaltungstätigkeiten der Parlamentsdienste genutzt wird. Der Garten ist weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich. Auch im Rechberg hat im Frühjahr ein Tag der offenen Tür stattgefunden.

Rund zwei Jahre haben die Arbeiten am sogenannten Girsbergerhaus in Unterstammheim gedauert. Es ist das älteste datierte, noch erhaltene ländliche Fachwerkgebäude der Schweiz. Sein schlechter Zustand hatte eine tiefgreifende Sanierung erfordert. Im März des Berichtsjahres hat die Bevölkerung Gelegenheit erhalten, das Gebäude an einem Tag der offenen Tür zu besichtigen.

Mikroverunreinigungen besser aus dem Abwasser filtern

Die Baudirektion hat jene Abwasserreinigungsanlagen bestimmt, welche in den nächsten 20 Jahren mit einer zusätzlichen Reinigungsstufe zur Elimination der sogenannten Mikroverunreinigungen ausgerüstet werden. Dies betrifft rund 40 der insgesamt 63 grösseren Zürcher Abwasserreinigungsanlagen. Damit kann eine wesentliche Verbesserung der Qualität der ober- und unterirdischen Gewässer erreicht werden.

Die Abwasserreinigungsanlage Neugut in Dübendorf hat als schweizweit erste Anlage den regulären Betrieb einer solchen Reinigungsstufe aufgenommen. Auf den Anlagen in Bülach und in Wetzikon sind daneben grosstechnische Versuche gestartet worden, mit denen die Machbarkeit verschiedener Verfahren mit Aktivkohle zur Elimination von Mikroverunreinigungen getestet wird. Damit kann auch die Investitionssicherheit für jene Anlagen erhöht werden, welche in den nächsten Jahren aufgerüstet werden müssen.

08

Staatskanzlei

Unterstützung der Aussenbeziehungen, offene Behördendaten und Vorbereitung der kommenden Legislatur

Richtlinien zur Pflege der internationalen Beziehungen aktualisiert

Die Staatskanzlei hat den Regierungsrat im Berichtsjahr bei den zahlreichen Treffen mit ausländischen Botschafterinnen und Botschaftern sowie bei Besuchen und Veranstaltungen mit ausländischen Delegationen tatkräftig unterstützt. Im Vordergrund sind dabei die beiden Partnerschaften des Kantons Zürich mit der chinesischen Provinz Guangdong sowie der Stadt Chongqing gestanden. In diesem Zusammenhang wurden gemeinsam mit der Volkswirtschaftsdirektion die Richtlinien des Kantons zur Pflege der internationalen Beziehungen aktualisiert.

Weiterführung des Angebots an offenen Behördendaten

Unter Leitung der Staatskanzlei und mit aktiver Unterstützung aus dem Statistischen Amt sowie dem GIS-Zentrum läuft seit 2013 ein Pilotprojekt mit frei nutzbaren Behördendaten, sogenannten Open Government Data (OGD). Das OGD-Angebot des Kantons Zürich lehnt sich an jenes des Bundes an, wobei mit dem Bundesarchiv gemeinsame technische und infrastrukturelle Lösungen umgesetzt worden sind. Auch mit der Stadt Zürich findet ein inhaltlicher Austausch rund um OGD statt. Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat beschlossen, das Projekt definitiv weiterzuführen, und die Staatskanzlei beauftragt, bis 2016 eine zentrale OGD-Koordinationsstelle und einen OGD-Fachausschuss mit Direktionsvertretern aufzubauen.

Bereit für die Legislatur 2015–2019

Die Vorarbeiten zur Legislaturplanung 2015–2019 sind im Berichtsjahr abgeschlossen worden. Als Grundlagen sind ein Standortmonitoring, das Zürich Image Monitoring 2014, der Bericht Umfeldentwicklungen und das Zürcher Sorgenbarometer sowie weitere Grundlagen erstellt worden. Gegen Ende des Berichtsjahres sind zudem die ersten drei Workshops zur Vorbereitung der Lagebeurteilung des Regierungsrates in einzelnen Politikbereichen des Kantons mit Verantwortlichen der zuständigen Direktionen durchgeführt worden.

Ausserdem ist der Legislaturbericht 2011–2015 der auslaufenden Legislatur für die Verabschiedung und Veröffentlichung Anfang 2015 erarbeitet worden.

Wie der Kanton Zürich seine Beteiligungen handhabt

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat erstmals einen Bericht und die Richtlinien zur sogenannten «Public Corporate Governance» vorgelegt. Dieser zeigt auf, wie der Kanton Zürich seine Beteiligungen handhabt, steuert und beaufsichtigt. Dies betrifft unter anderem die Universität, das Universitätsspital, die Axpo Holding AG, die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich oder die Flughafen Zürich AG. Die Richtlinien klären, welche Art von Aufgaben der Kanton innerhalb der zentralen Kantonsverwaltung oder eben ausgelagert erfüllen soll, wie die Aufsicht des Regierungsrates erfolgt und wie der Kantonsrat bei seiner Oberaufsicht unterstützt wird.

Finanzen im Überblick



Der nächtliche Klosterhof der Musikinsel Rheinau
Foto: Hochbauamt

Finanzpolitische Beurteilung

Die Rechnung 2014 ist von Sonderfaktoren mit finanziell bedeutenden Auswirkungen geprägt: Die Teilauflösung der Rückstellungen für die BVK-Sanierung und die Auflösung von Rückstellungen durch die Gesundheitsdirektion im Zusammenhang mit einem Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts über eine Aufnahme auf die Spitalliste haben die Erfolgsrechnung entlastet. Dagegen ist sie durch die Korrektur von bilanzierten Steuererträgen, den Ausfall der SNB-Gewinnausschüttung und die Rückstellungen für Rentenverpflichtungen gegenüber Universitätsprofessoren belastet worden. Und in der Investitionsrechnung sind die Nettoinvestitionen tief ausgefallen, weil eine Regressforderung des Kantons gegenüber der Flughafen AG, die als Darlehen geführt wurde, aufgelöst werden konnte.

Unter anderem haben diese Sonderfaktoren dazu geführt, dass die Rechnung zum zweiten Mal hintereinander mit einem Defizit abschliesst. Der Haushaltsausgleich über die letzten acht Jahre ist aber weiterhin klar erreicht und Kennzahlen wie das Eigenkapital und die Verschuldung befinden sich nach wie vor auf einem erfreulichen Niveau. Die Ratingagenturen haben die Höchstnote des Kantons Zürich denn auch erneut bestätigt.

Nicht ganz so erfreulich ist der Ausblick auf die kommenden Jahre. Der mittelfristige Ausgleich für die Jahre 2012–2019 wird zur Herausforderung, weil das Rechnungsergebnis 2011 mit einem Ertragsüberschuss von rund 900 Mio. Franken – ohne Rückstellung für die BVK-Sanierung – aus der Berechnung des Haushaltsausgleichs fällt. Kommt dazu, dass sich inzwischen verschiedene Entwicklungen zum Schlechten gewendet haben: Aufgrund der Steuererträge in der Rechnung 2014 und den eingetrübten Konjunkturaussichten für 2015 und 2016 müssen die im KEF 2015–2018 eingestellten Steuererträge voraussichtlich nach unten angepasst werden. Zudem muss damit gerechnet werden, dass der kantonale Finanzausgleich den Kanton stärker belastet als im KEF 2015–2018 angenommen. Schliesslich fallen die Gewinnausschüttungen geringer aus als erwartet: Die ZKB hat dies für 2015 bereits angekündigt, die SNB-Gewinnausschüttung ist zumindest im Jahr 2016 gefährdet und diejenige der Axpo fällt wahrscheinlich bis auf weiteres aus.

Aus finanzpolitischer Sicht bleibt die nahe Zukunft des Kantons also unruhig. Immerhin kann er diese Herausforderungen aus einer guten Ausgangsposition in Angriff nehmen.

Eckwerte	Rechnung 2014	Budget 2014	Rechnung 2013	Differenz R13/14	
	Mio. CHF	Mio. CHF	Mio. CHF	Abs.	%
Erfolgsrechnung					
Betrieblicher Ertrag	13 837	14 076	13 745	91	0.7
Betrieblicher Aufwand	-14 272	-14 441	-14 063	-209	-1.5
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-435	-365	-318	-117	-36.8
Finanzertrag	454	411	444	10	2.3
Finanzaufwand	-142	-139	-164	21	13.1
Finanzergebnis	312	272	281	32	11.3
Ausserordentliches Ergebnis	-	150	-	-	n. a.
Jahresergebnis	-123	57	-38	-85	>100.0
Investitionsrechnung					
Investitionseinnahmen	577	180	294	283	96.3
Investitionsausgaben	-1 018	-832	-897	-121	-13.5
Nettoinvestitionen	-441	-652	-603	162	26.9
Bilanz					
Umlaufvermögen (UV)	6 190		5 288	902	17.1
– Finanzvermögen UV	6 190		5 288	902	17.1
Anlagevermögen (AV)	15 171		15 541	-370	-2.4
– Finanzvermögen AV	1 108		1 303	-195	-15.0
– Verwaltungsvermögen	14 063		14 238	-174	-1.2
Total Aktiven	21 361		20 829	533	2.6
Kurzfristiges Fremdkapital	-5 042		-5 145	103	2.0
Langfristiges Fremdkapital	-7 969		-7 230	-739	-10.2
Eigenkapital	-8 351		-8 454	103	1.2
Total Passiven	-21 361		-20 829	-533	-2.6
Kennzahlen					
Selbstfinanzierungsgrad in %	123.1		101.7		
Verschuldung	5009		5 111		

Vergleich Rechnung 2014 mit Budget 2014

Die Erfolgsrechnung 2014 hat um 180 Mio. Franken schlechter als budgetiert abgeschlossen. Dabei ist das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit um 70 Mio. Franken hinter dem Budget zurückgeblieben – das Finanzergebnis hingegen hat die Vorgabe um 40 Mio. Franken übertrafen. Das ausserordentliche Ergebnis hat sich gegenüber dem Budget um 150 Mio. Franken verschlechtert, weil im Budget eine pauschale Verbesserung des Kantonsrates von 150 Mio. Franken eingestellt war, die in der Rechnung entfällt.

Das Defizit ist mit 123 Mio. Franken allerdings deutlich geringer ausgefallen, als mit dem zweiten Zwischenbericht per Ende August noch erwartet worden war (280 Mio. Franken). Die markanteste Abweichung bilden die Steuererträge, die den Zielwert von 6820 Mio. Franken um 223 Mio. Franken verfehlt haben. Der grösste Teil dieser Abweichung vom Budget ist bei den Staatssteuern entstanden, die um 278 Mio. Franken geringer als erwartet ausgefallen sind. Dies ist vor allem auf eine Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen aus früheren Jahren zurückzuführen, die um 210 Mio. Franken höher als budgetiert ausgewiesen werden. Hinter den Erwartungen ist auch der kantonale Ertrag aus der Direkten Bundessteuer geblieben (minus 38 Mio. Franken). Eine beträchtliche Lücke hat zudem die ausgefallene, aber budgetierte Gewinnausschüttung der Nationalbank verursacht (minus 117 Mio. Franken).

Verbessert wurde die Rechnung durch die um 84 Mio. Franken höher als budgetiert ausgefallenen Erbschafts- und Schenkungssteuern (Gesamtertrag: 299 Mio. Franken) sowie durch den Transferaufwand, der um 184 Mio. Franken tiefer schliesst als geplant. Dies ist auf einen geringeren Aufwand in der somatischen Akutversorgung zurückzuführen, unter anderem wegen der Auflösung von Rückstellungen, die die Gesundheitsdirektion auf Grund einer Beschwerde eines Spitals gebildet hatte, welche das Bundesverwaltungsgericht abgelehnt hat. Ausserdem konnte auf Grund von Verzögerungen bei grossen Projekten nur rund die Hälfte der budgetierten Lotteriefonds-Beiträge ausbezahlt werden, woraus sich eine Verbesserung des Budgets um 56 Mio. Franken ergeben hat.

Die Nettoinvestitionen 2014 liegen um 211 Mio. Franken unter dem Budget. Die Investitionseinnahmen sind um 398 Mio. Franken, die Investitionsausgaben um 186 Mio. Franken höher als budgetiert ausgefallen. Die Verbesserung bei den Investitionseinnahmen ist aus den beim Vergleich mit der Rechnung 2013 angeführten Gründen vor allem auf höhere Darlehensrückzahlungen zurückzuführen.

Vergleich Rechnung 2014 mit Rechnung 2013

Die Erfolgsrechnung 2014 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 123 Mio. Franken und damit um 85 Mio. Franken schlechter als 2013.

Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ist um 117 Mio. Franken schlechter ausgefallen als im Vorjahr. Der betriebliche Aufwand hat gegenüber 2013 um 209 Mio. Franken oder 1.5 Prozent zugenommen. Ins Gewicht fällt dabei der Personalaufwand mit einem Mehraufwand von 231 Mio. Franken; davon betreffen 95 Mio. Franken die selbstständigen Anstalten und 60 Mio. Franken einen Mehraufwand für Rückstellungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich; ebenfalls eingeschlossen in den höheren Personalaufwand ist die Tatsache, dass die Auflösung von Rückstellungen für die BVK-Sanierung um 28 Mio. Franken tiefer ausgefallen ist als 2013. Auf der anderen Seite hat der Transferaufwand insgesamt um 100 Mio. Franken weniger Mittel beansprucht als im Vorjahr, vor allem weil beim innerkantonalen Finanzausgleich tiefere Beiträge ausbezahlt wurden (113 Mio. Franken) und weil der Aufwand in der somatischen Akutversorgung um 95 Mio. Franken geringer war als im Vorjahr. Dabei hat eine wesentliche Rolle gespielt, dass das Bundes-

verwaltungsgericht eine Beschwerde eines Spitals abgewiesen hat und die Gesundheitsdirektion somit Rückstellungen auflösen konnte.

Auf der Ertragsseite haben die Steuern mit einem Total von 6597 Mio. Franken das Vorjahr um 1.1 Prozent oder 73 Mio. Franken übertroffen. Die Staatssteuern allein liegen mit 5739 Mio. Franken jedoch um 21 Mio. Franken unter dem Wert von 2013. Dies ist im Wesentlichen auf eine gegenüber dem Vorjahr um 200 Mio. Franken höhere Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen aus früheren Jahren zurückzuführen, während die für die laufende Steuerperiode fakturierten Erträge aus der Staatssteuer um 3.2 Prozent auf 4674 Mio. Franken zugenommen haben. Dabei fällt die Zunahme prozentual betrachtet bei den juristischen Personen (+8.0 Prozent) deutlich höher aus als bei den natürlichen Personen (+2.0 Prozent). Ebenfalls höher als 2013 sind die Erträge aus den Erbschafts- und Schenkungssteuern und der Direkten Bundessteuer ausgefallen. Spürbar ausgewirkt hat sich auf der Ertragsseite schliesslich, dass dem Kanton keine Gewinnausschüttung der Nationalbank zugeflossen ist (Vorjahr 117 Mio. Franken). Dafür haben die beiden grossen kantonalen Spitäler höhere Entgelte vereinnahmt.

Die Nettoinvestitionen 2014 betragen 441 Mio. Franken. Sie sind damit um 162 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr. Während die Investitionsausgaben um 121 Mio. Franken höher als im Vorjahr ausgefallen sind, haben die Investitionseinnahmen um 283 Mio. Franken zugenommen. Die Verbesserung bei den Investitionseinnahmen ist vor allem auf höhere Darlehensrückzahlungen zurückzuführen. So konnte die Regressforderung des Kantons gegenüber der Flughafen AG von rund 300 Mio. Franken, die als Darlehen geführt wurde, aufgelöst werden. Der Lärmfonds war so weit geäufnet, dass seine Mittel über den im schlechtesten Fall erwarteten Lärmkosten liegen. Das ermöglicht der Flughafen AG, sämtliche Lärmentschädigungen selber zu tragen.

Eigenkapital und mittelfristiger Haushaltsausgleich 2007–2014

Als Folge des Defizits in der Erfolgsrechnung 2014 nimmt das Eigenkapital im Vergleich zum Vorjahr um 0.1 auf rund 8.4 Mrd. Franken ab.

Über die Jahre 2007–2014 ist ein kumulierter Ertragsüberschuss von 1.9 Mrd. Franken zu verzeichnen. Dabei werden für die Jahre vor 2009 die vom Kantonsrat genehmigten Rechnungsergebnisse gemäss Finanzhaushaltsgesetz verwendet (§ 51 FCV). Aufgrund der mit Vorlage 4851, Sanierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal, beschlossenen und in der Volksabstimmung vom 3. März 2013 bestätigten Regelung wird die Rückstellung für die Sanierung der kantonalen Pensionskasse BVK im Umfang von 2.6 Mrd. Franken im 2011 nicht (1.6 Mrd. Franken) oder erst mit Verzögerung in den mittelfristigen Ausgleich eingerechnet. Ohne diese Spezialregelung wäre der mittelfristige Ausgleich um 231 Mio. Franken verfehlt.

Kennzahlen

Im Berichtsjahr beläuft sich der Selbstfinanzierungsgrad auf 123 Prozent. Das bedeutet, dass die Nettoinvestitionen vollständig aus Mitteln der Erfolgsrechnung finanziert werden konnten. Deshalb hat die Verschuldung – definiert als Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen – leicht abgenommen und liegt nun bei rund 5 Mrd. Franken.

Saldo Erfolgsrechnung 2014 pro Direktion

Abweichung gegenüber Budget, in Mio. Franken

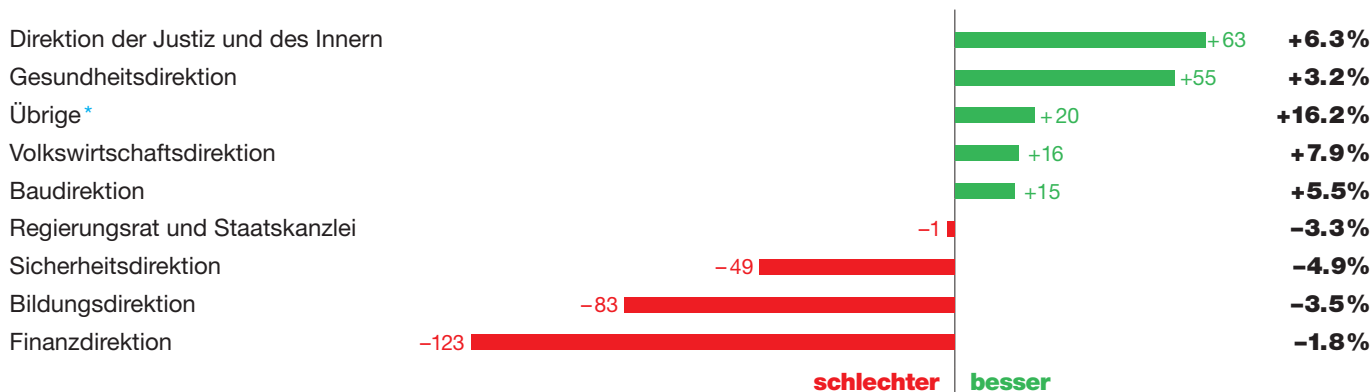
Abweichung Saldo insgesamt: -180 Mio. Franken



* Konsolidierungskreise 2+3

Abweichung gegenüber Rechnung 2013, in Mio. Franken

Abweichung Saldo insgesamt: -85 Mio. Franken

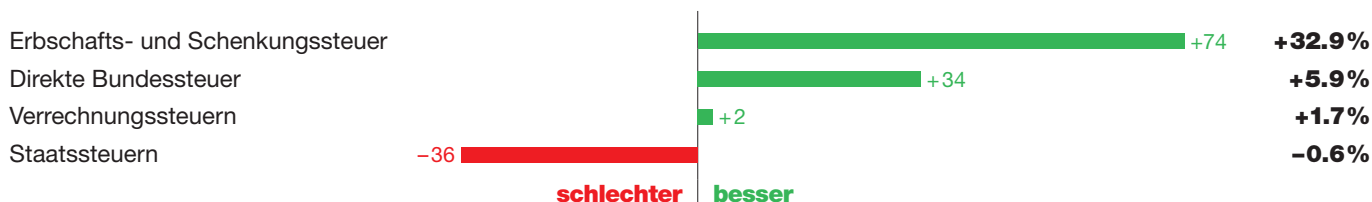


* Konsolidierungskreise 2+3

Nettosteuererträge 2014 (inkl. Anteile an Bundessteuern)

Abweichung gegenüber Rechnung 2013, in Mio. Franken

Abweichung insgesamt: +73 Mio. Franken



* Konsolidierungskreise 2+3

Personal- und Lohnstatistik



Die Kantonspolizei, unterwegs im Hauptbahnhof Zürich Foto: Kantonspolizei

Personalaufwand¹

Löhne ²	2014 CHF	2013 CHF	Differenz %
300 Behörden, Kommissionen und Richter			
3000 Löhne Behörden, Richter und Richterinnen	3 557 009	3 559 567	-0.1 %
3001 Vergütungen an Behörden, Kommissionen, Richter	2 824 648	2 702 934	4.5 %
301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	1 356 419 165	1 333 197 407	1.7 %
302 Löhne der Lehrkräfte			
3020 Löhne der Lehrkräfte	645 020 958	636 948 061	1.3 %
Total Löhne	2 007 821 780	1 976 407 969	1.6 %
303 Temporäre Arbeitskräfte	6 618 237	5 812 804	13.9 %
304 Zulagen			
3040 Kinderzulagen	18	140	-87.1 %
3041 Familienzulagen	0	0	-
3042 Verpflegungszulagen	15 576 148	15 294 695	1.8 %
3043 Wohnungszulagen	900	0	-
3049 Übrige Zulagen	36 322	44 722	-18.8 %
Total Zulagen	15 613 388	15 339 557	1.8 %
305 Arbeitgeberbeiträge			
3050 AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	127 361 870	125 110 703	1.8 %
3051 AG Beiträge an eigene Pensionskassen	34 863 110	215 864 791	-83.8 %
3052 AG-Beiträge an andere Pensionskassen	188 024 244	2 068 040	8991.9 %
3053 AG-Beiträge an Unfallversicherungen	10 673 609	10 764 713	-0.8 %
3054 AG-Beiträge an Familienzulagekassen	24 502 553	24 098 382	1.7 %
3059 Übrige AG-Beiträge ³	-97 653 392	-125 097 531	-21.9 %
Total Arbeitgeberbeiträge	287 771 994	252 809 098	13.8 %
306 Arbeitgeberleistungen			
3060 Ruhegehälter	83 739 251	12 584 547	565.4 %
3061 Renten oder Rentenanteile	32 854	22 113	48.6 %
3062 Teuerungszulagen auf Renten und Rentenanteile	0	375 484	-100.0 %
3063 Unfallrenten und Rentenablösungen	40 001	40 001	0.0 %
3064 Überbrückungsrenten	5 091 559	6 197 981	-17.9 %
3069 Übrige Arbeitgeberleistungen	-29 715	-6 909	330.1 %
Total Arbeitgeberleistungen	88 873 950	19 213 216	362.6 %
309 Übriger Personalaufwand			
3090 Aus- und Weiterbildung des Personals	14 431 793	14 953 251	-3.5 %
3091 Personalwerbung	3 159 814	3 722 636	-15.1 %
3099 Übriger Personalaufwand	4 805 034	4 348 925	10.5 %
Total übriger Personalaufwand	22 396 641	23 024 813	-2.7 %
Total Personalaufwand Direktionen und Staatskanzlei	24 290 959 990	22 926 074 566	6.0 %

¹ Die Personal- und Lohnstatistik beschränkt sich auf die dem Regierungsrat unterstellten Direktionen und die Staatskanzlei, d. h., die Behörden, die Rechtspflege, die selbstständigen und unselbstständigen Anstalten sind nicht Bestandteil der Statistik.

² Die Festlegungen zur Lohnentwicklung berücksichtigen die Lohnentwicklung bei Arbeitgebern mit Bedeutung für den Wirtschaftsraum Zürich (UBS-Lohnumfragen), den kantonalen Finanzhaushalt und die Vorjahres-Lohnrunden der deutschsprachigen kantonalen Verwaltungen. In der nachfolgenden Tabelle sind die Werte der UBS-Lohnumfrage der letzten fünf Jahre im Vergleich zu den Lohnrunden des Kantons (mit Teuerung, ohne Einmalzulagen) aufgeführt.

³ Von der in der Rechnung 2011 gebildeten Rückstellung für die während der Sanierungsdauer vom Kanton zu leistenden Sanierungsbeiträge an die BVK wurden rund 103 Mio. Franken in der Rechnung 2014 aufgelöst (in der Rechnung 2013 wurden 131 Mio. Franken aufgelöst und die Verwendung der Rückstellungen um 3 Mio. Franken angepasst).

Lohnaufwand, Beschäftigungsumfang, Anzahl Anstellungsverhältnisse

Amts-Nr./Bereich	Lohnaufwand ⁴ 2014	Lohnaufwand ⁴ 2013
Total Direktionen und Staatskanzlei	2006351 726	1975252548
1 Regierungsrat und Staatskanzlei	9720669	9586142
2 Direktion der Justiz und des Innern ⁵	186701985	184187767
3 Sicherheitsdirektion	446313536	440382859
4 Finanzdirektion	103730723	103171393
5 Volkswirtschaftsdirektion	72442616	70832948
6 Gesundheitsdirektion	239780559	227505187
7 Bildungsdirektion	790764478	785582494
8 Baudirektion	156897160	154003857

Amts-Nr./Bereich	Angestellte	Anzahl Anstellungsverhältnisse auf den 31. Dezember 2014			
		Frauen	Männer	Vollzeit ⁶	Teilzeit ⁷
Total Direktionen und Staatskanzlei	34678	20558	14120	14673	20005
1 Regierungsrat und Staatskanzlei	68	24	44	43	25
2 Direktion der Justiz und des Innern	1881	904	977	1234	647
3 Sicherheitsdirektion	4839	1687	3152	3675	1164
4 Finanzdirektion	971	455	516	733	238
5 Volkswirtschaftsdirektion	781	434	347	603	178
6 Gesundheitsdirektion	3080	1935	1145	1341	1739
7 Bildungsdirektion	21381	14635	6746	5918	15463
8 Baudirektion	1677	484	1193	1126	551

UBS-Lohnumfrage 2010 bis 2014 und Lohnrunde Kanton Zürich

Jahr	UBS-Lohnumfrage Prognose Wert Lohnrunde	UBS-Lohnumfrage Tatsächlicher Wert Lohnrunde	Lohnrunde Kanton Zürich
2010	0,82 %	1,10 %	0,6 %
2011	1,58 %	1,49 %	1,5 %
2012	1,12 %	1,00 %	0,9 %
2013	0,79 %	0,94 %	0,4 %
2014	0,93 %	1,02 %	0,4 %

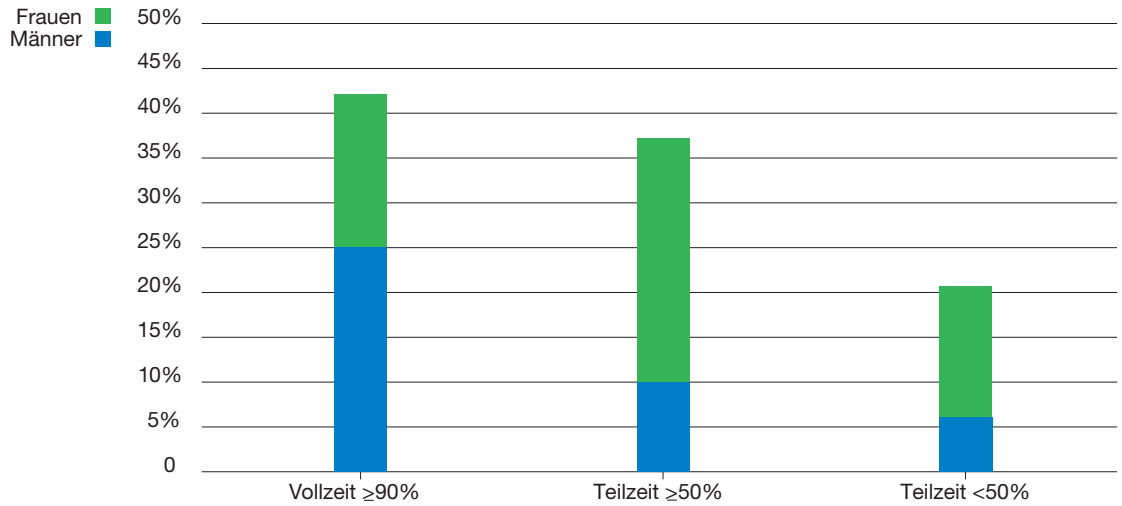
⁴ Lohnaufwand ohne Sanierungsprogramme (Finanzdirektion), Berufsbildungsfonds (Bildungsdirektion) und Natur- und Heimatschutzfonds (Baudirektion)

⁵ Direktion der Justiz und des Innern: ohne Kirchen

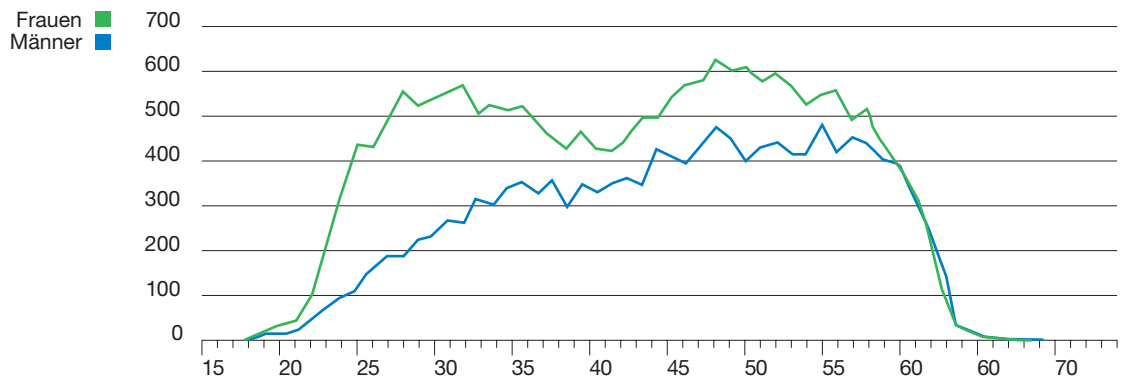
⁶ Vollzeit = Beschäftigungsgrad $\geq 90\%$

⁷ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $< 90\%$
Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

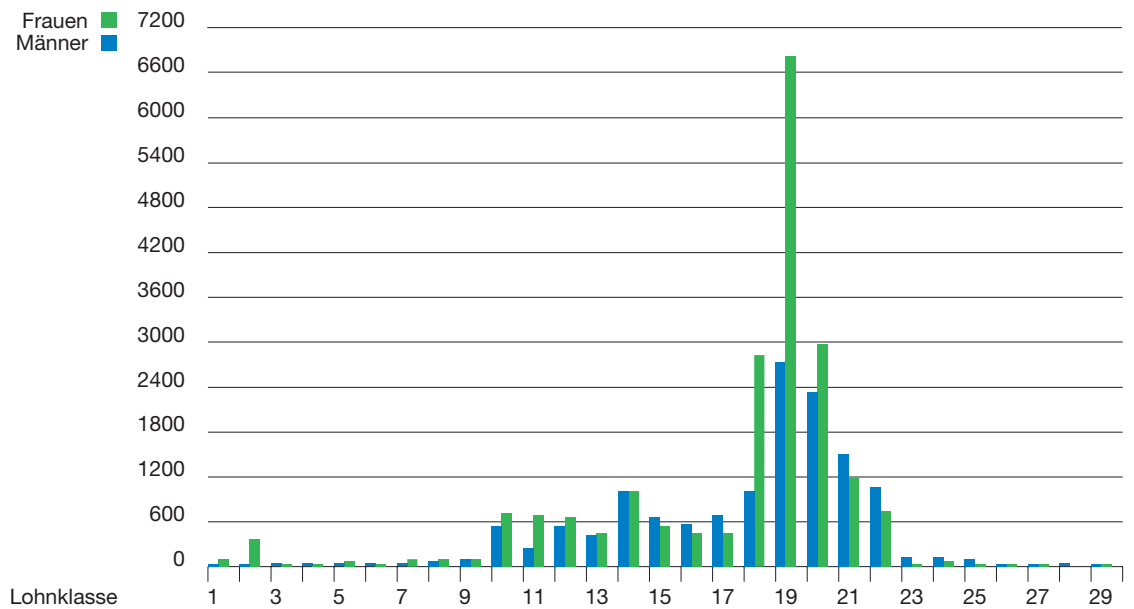
Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Voll- und Teilzeit in Prozenten 2014



Altersaufbau 2014 (Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Alter)



Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Lohnklassen 2014



Abstimmungs- geschäfte 2014

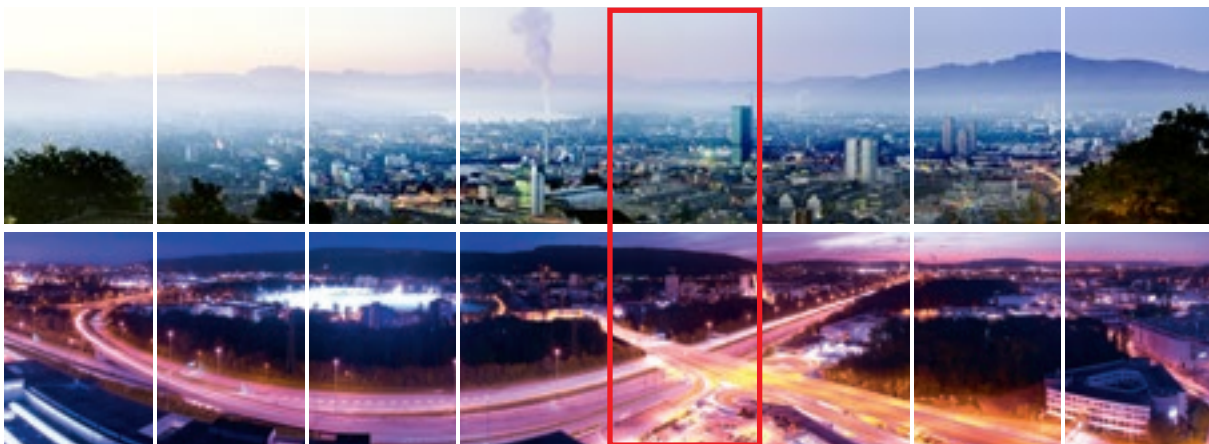


Abstimmungsgeschäfte 2014

Abstimmungsdatum	Abstimmungsgeschäft 2014	Kantonales Ergebnis		Stimm-beteiligung %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
09.02.2014	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Bundesbeschluss vom 20. Juni 2013 über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr»)	313 874	183 274	57.1	1 776 878	1 088 176
	Volksinitiative vom 4. Juli 2011 «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung»	150 194	351 542	57.4	873 060	2 019 549
	Volksinitiative vom 14. Februar 2012 «Gegen Masseneinwanderung»	239 139	265 973	57.7	1 463 854	1 444 552
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Planungs- und Baugesetz (PBG) (Änderung vom 19. August 2013; Zonen mit Anordnungen zur Nutzung erneuerbarer Energien)	247 340	205 405	53.6		
18.05.2014	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Bundesbeschluss vom 19. September 2013 über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin») (BBI 2013, 7347)	418 995	63 617	56.1	2 480 870	336 196
	Volksinitiative vom 20. April 2011 «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» (BBI 2012, 8819)	282 218	210 704	56.7	1 819 822	1 044 704
	Volksinitiative vom 23. Januar 2012 «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» (BBI 2013, 9679)	126 195	372 591	56.9	687 571	2 210 192
	Bundesgesetz vom 27. September 2013 über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz) (BBI 2013, 7369)	242 344	254 909	56.9	1 345 726	1 542 761
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Kantonale Volksinitiative «Weniger Steuern fürs Gewerbe (Kirchensteuerinitiative)» (ABI 2011, 2515)	132 356	337 639	55.4		
	Kantonale Volksinitiative «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich» (ABI 2012-08-17)	179 607	295 188	55.7		
28.09.2014	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Volksinitiative vom 21. September 2011 «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»	93 159	296 077	44.3	684 563	1 718 827
	Volksinitiative vom 23. Mai 2012 «Für eine öffentliche Krankenkasse»	128 083	266 423	44.6	933 012	1 512 036
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Planungs- und Baugesetz (Änderung vom 28. Oktober 2013; Festlegung Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum) (ABI 2014-01-10)	216 094	154 006	43.4		

30.11.2014	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Volksinitiative vom 19. Oktober 2012 «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» (BBI 2014, 5077)	231 964	240 641	53.5	1 052 995	1 527 908
	Volksinitiative vom 2. November 2012 «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (BBI 2014, 5073)	115 853	359 962	53.7	671 347	1 919 984
	Volksinitiative vom 20. März 2013 «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)»	96 453	372 399	53.4	580 815	1 973 558
	Kantonale Volksabstimmungen					
	Beschluss des Kantonsrates über einen Staatsbeitrag an den Bau der Tramverbindung Hardbrücke in Zürich-West (vom 30. Juni 2014) (ABI 2014-07-04)	282 198	145 183	50.6		
	Kantonale Volksinitiative: «Mehr Qualität im Unterricht dank kleinerer Klassen (Klassengrössen-Initiative)» (ABI 2012, 464)	143 380	272 446	49.7		
	Gegenvorschlag des Kantonsrates Lehrpersonalgesetz (LPG) (Änderung vom 30. Juni 2014; Verringerung der durchschnittlichen Klassengrösse) (ABI 2014-07-11)	211 480	185 052	49.2		
	Stichfrage: Mehr Qualität im Unterricht (Ja = Volksinitiative, Nein = Gegenvorschlag)	125 188	244 050	48.5		
	Kantonale Volksinitiative «Bahnhof Stadelhofen: pünktlich und zuverlässig» (ABI 2012, 1120)	141 538	283 115	50.5		

Umschlag-Bildauschnitt pro Kalenderjahr



Roth und Schmid Fotografie, Zürich

